

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 106

Sept./Okt. 2021



Kommunalwahl - Boogie 2021

# INHALT

## Interviews zur Kreistagswahl

Hoffnung auf ein Klimabündnis?	3
Thema Klimaschutzmaßnahmen	4
Thema Mobilität	5
Thema Sozialpolitik	6
Thema Regionalplanung	7
Thema Allgemeines Krankenhaus	8
Thema Bündnisse	9
Thema „vermisste Fragen“	10
Digitale Hilfe bei der Wahl	
VOTO – der kommunale Wahl-O-Mat	11
Meldungen	12
Laternengespräche: Deutschland - Alles ist drin	14
Protestkundgebung von 70 Celler*innen vergeblich	
Abschiebung nach Afghanistan	16
6-jährige Romni mit Schwerbehinderung abgeschoben	
Flüchtlingsrat fordert Rückkehr	17
Rassismus mit gewaltförmigen Praktiken	18
Millionenkredit fürs AKH & Sanierungskurs	
Finanzpolitische Beatmung durch Kreis	19
Ausgliederung rechtsmissbräuchlich	21
Climate Watch Celle zur Wärmewende	23
Debatte um Baumschutzsatzung in Celle	24
Kunst & Minigolf	26
Broschüre zur Lockdown-Politik	27
Im Wald und auf der Heide / Blick nach Links	28
NUN - die Sommerausstellung des bbk Celle	29
Veranstaltungshinweise	31
Nachruf auf Volker Petran	34



Liebe Lesende,

glaubt uns – wir sind (auch) froh, wenn die Wahlen endlich gelaufen sind. Aber wir gehen euch jetzt nochmal ordentlich damit auf die Nerven, denn: Wir finden die Kommunalwahlen schon wichtig. Diesmal deshalb Antworten von SPD, Bündnisgrünen und Linken zu Fragen die Kreistagswahl betreffend. Illustriert haben wir das Ganze mit Fotos der „Alltagsmenschen“ von Christel und Laura Lechner. Und ja – wir sehen auch, dass im Vergleich sogar das Publikum des ZDF-Fernsehgartens diverser ist. Aber – ironisiert es nicht auch geradezu den AfD-Leitspruch: „Deutschland. Aber normal“?

Im zweiten Hefteil findet ihr einen Block zu Abschiebungen, die im Juli nach Afghanistan und Serbien stattgefunden haben und über die in unserer lokalen Tageszeitung wenig bis nichts zu lesen war, weil – wie uns seitens des Flüchtlingsrats aus dem Haus an der Bahnhofstraße kolportiert wurde: die Abschiebung sei ja gelaufen, man sollte doch bitte künftig vorher Bescheid sagen. - Unter anderem deshalb braucht's uns wohl. Was auch Saskia, Joachim, Ernst & Dietrich fanden, die uns zuletzt finanziell unterstützt haben. Wenn ihr ihnen nachtun wollt: Die Kontonummer findet ihr unten im Kasten.

Ansonsten sehen wir einige von euch beim großen Charity Minigolf-Turnier – mehr auf Seite 26.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle  
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
 erscheint im Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,  
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)  
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

## Hoffnung auf ein Klimabündnis?

Wir widmen uns noch einmal der anstehenden Kommunalwahl. Diesmal geht es auf den nächsten Seiten um den Kreistag. Er wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, obwohl die Kreispolitik für die Zukunftsaufgaben eine wichtige Bedeutung hat. Bis auf wenige Themen – z.B. die Frage, ob es in Celle eine IGS geben kann oder die Zukunft des AKH – scheinen kreispolitische Themen Vielen eher ein Gegenstand von technokratischer Abwicklung. Aus unserer Sicht war das auch eine Strategie von CDU und Landrat Wiswe gewesen.

Jetzt bekommen mit Axel Flader einen neuen Landrat. Ein Kandidat der CDU, der von der SPD unterstützt wird. Ob mit ihm wieder „Politik“ einkehrt, d.h. im besseren Sinn der Streit um Alternativen, ist offen. Wichtig dafür wäre, die Bedingungen zu verbessern – z.B. durch eine andere Zusammensetzung des Kreistags.

Wir gehen mal davon aus, dass die meisten unserer Leser\*innen ihre Stimmen dem „linken“ Lager geben werden. Und um euch da die Wahlentscheidung zu erleichtern, haben wir für diese Ausgabe die SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke mit einigen Fragen „belästigt“, zu denen ihr die Antworten auf den nächsten Seiten findet. Wir haben diesmal nicht „Zukunft Celle“ dabei, was eine Entscheidung dahingehend war, dass wir ihnen im letzten Heft die Gelegenheit gegeben haben, sich zur Ratspolitik zu äußern. Dazu haben wir dann ja andererseits nicht Die Linke befragt, sondern nur Bürger Müller von dem BSG. Das könnt ihr im letzten Heft nachlesen.

Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit gehört aber der Vergangenheit an. Das ist aus unserer Sicht schade, und nicht nur weil wir in Oliver Müller eine informative „Quelle“ – praktisch einen IM – hatten. Immerhin kandidieren Leute aus seinem Umfeld jetzt für Die Linke.

Die Antworten, die ihr im Folgenden findet, haben uns positiv überrascht. Und zwar weil es bei unterschiedlichen Akzenten große Schnittmengen gibt. B'90/Die Grünen haben den von uns vorgegebenen Umfang überschritten: Ihre Antworten fallen also länger aus als die von SPD und Die Linke. Wir haben uns mit der Idee darüber erhoben, dass es Leser\*innen geben wird, die vielleicht die Würze goutieren, die in der Kürze liegt.

Der Kreistag in Celle setzt sich zusammen aus 58 gewählten Mitgliedern, dazu kommt automatisch der ebenfalls gewählte Landrat. Bei der Wahl vor fünf Jahren hatte die CDU 37,7 % (22 Sitze), die SPD 26,6 % (16), die AfD 10,8 % (6), die Grünen 8,4 % (5), die FDP 5,5 % (3), die Wählergemeinschaft 5,1 % (3), die Unabhängigen 2,0 % (1), Die Linke 2,0 % (1), Die Partei 1,6 % (1). Der Kandidat der Partei wechselte sofort nach seiner Wahl zur FDP.



Noch ein Gedanke dazu, warum wir Kommunalwahlen für wichtig halten: Vor allem, weil es um „Selbstverwaltung“ geht. Das mag von anarchistischen Idealen immer noch weit entfernt sein, aber es bietet Möglichkeiten, die längst nicht ausgeschöpft sind.

Dazu kommen einige Besonderheiten im Unterschied zu Landtags- oder Bundestagswahl: So können EU-Bürger\*innen sich an der Wahl beteiligen, wenn sie seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz im Wahlgebiet haben. Und die Wähler\*innen können Einfluss darauf nehmen, welche Personen in das jeweilige Gremium kommen. Denn: Sie können die drei Stimmen, die sie haben, verteilen: Entweder auf eine Kandidat\*in (kumulieren) oder sie auf unterschiedliche verteilen (panaschieren). Es ist also möglich, eine Kandidatin, die z.B. auf Platz 4 der von einer Partei aufgestellten Liste steht, „nach vorn“ zu wählen. Dieser Charakter der „Persönlichkeitswahl“ ist – zumindest theoretisch – ein mehr an „Demokratie“. Die Schwelle für Kandidaturen ist vergleichsweise gering, weshalb sich auf dem Wahlzettel auch einige Gruppierungen finden, die keine Partei sind. Und was noch positiv anzumerken ist: Es gibt keine 5%-Hürde, d.h.: In Kreistag oder Stadtrat kann es bereits bei rund zwei Prozent einen Sitz geben.

**Wir haben den Eindruck, dass Kreisverwaltung und CDU sich der Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen verweigern und meinen, es sei damit getan, sich um die eigenen Immobilien zu kümmern. Viele weitergehende Initiativen aus dem Kreistag wurden in schöner Regelmäßigkeit abgeschmettert. Was seht ihr als vordringliche Aufgaben für die nächste Wahlperiode?**

**SPD:** Wir als SPD stehen für eine sozial-gerechte Klimapolitik. Das heißt: Wir wollen die Energiewende, aber den Weg dahin sollen sich auch alle leisten können. Das ist natürlich vor allem eine Verteilungsfrage, da ist die Bundespolitik gefragt! Konkret vor Ort: Wir wollen mehr bei den Liegenschaften des Landkreises – und für die sind wir ja zuständig – künftig ausschließlich regenerative Energien einsetzen, z.B. durch die Installation von Solardächern, Geothermie und Wärmepumpen und anderen erneuerbaren Energieformen.

**B'90/Die Grünen:** Was Umwelt- und Klimaschutz angeht ist die Kreisverwaltung manchmal sogar weiter, als die Gruppe CDU/WG/FDP. Ein aktuelles Beispiel waren mehrere Landschaftsschutzgebiete, welche die Kreisverwaltung zunächst als höherwertige Naturschutzgebiete ausweisen wollte und quasi per Kreistagsbeschluss gezwungen wurden, dies nicht zu tun. Zumindest im Kreistag kann man die CDU nicht allein betrachten. Die Gruppe aus CDU/WG/FDP/Unabhängige hatten während der Wahlperiode fast immer geschlossen gestimmt und somit solche Beschlüsse überhaupt erst möglich gemacht. Aber es stimmt, bei umwelt- und klimapolitischen Initiativen lautet der Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Regel „Ablehnung“ und ein Kompromiss oder gar eine Wende dieser ablehnende Haltung ist nicht die Regel.



Mit dem Klimaschutzkonzept sollten die realen Treibhausgasemissionen gemessen und analog zu den nationalen und internationalen Klimazielen gesenkt werden. Deshalb hat die Begleitung des Konzepts und die Beteiligung der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert. Eine kommunale Energieagentur könnte zu konkreten Einsparzielen die öffentliche Hand und Bürger\*innen beraten und begleiten.

Verkehrswende und Energieerzeugung sind auf Kreisebene die beiden großen Treiber in Sachen Klimaschutz, wozu aber nicht nur im Kleinen Solar auf Kreisgebäuden zählt, sondern im Großen auch der Regionale Raumordnungsplan, welcher die Windenergienutzung steuert. Wir wollen aber auch mit hoffentlich neuen Mehrheiten Forderungen umsetzen, die in der Vergangenheit keine Mehrheiten fanden oder zu die in dieser Wahlperiode gar nicht mehr beraten wurden (wie unser Antrag aus Oktober 2020 zur Darstellung der Klimarelevanz in Beschlussvorlagen). Sei es unser vergeblicher Antrag soziale und ökologische Aspekte bei Ausschreibungen stärker zu gewichten, die Versalzung des Grundwassers durch die Kali-Halde in Wathlingen verhindern, den Schutzstatus von Schutzgebieten erhöhen oder das Thema Bohrschlammgruben zu einer Lösung zu bringen. Da vermischen sich aber vielfach Klima- und Umweltpolitik miteinander.

Die gemeinsame Wirtschaftsförderung haben wir als Fraktion erst kürzlich in die Diskussion gebracht. Die Konkurrenz um die billigsten Gewerbegebiete muss aufhören und mehr Kooperation innerhalb des Landkreises organisiert werden.

**Die Linke:** Die drohende Klimakatastrophe ist die größte Herausforderung auf diesem Planeten. Selbstverständlich können wir das nicht vor Ort lösen. Aber es gibt eine Verantwortung der früh entwickelten Staaten – und wir wissen, dass in der Konkretisierung von Maßnahmen die lokale Ebene eine wichtige Rolle spielt. Kreis- und Stadtverwaltung haben hier in den vergangenen Jahren viel zu wenig gemacht. Wir wollen deshalb eine gemeinsame Energiewende-Agentur, die dafür sorgt, dass sie Bundesprogramme effektiv umgesetzt werden. Vor allem geht es uns dabei um eine unabhängige Beratung für die Bürgerinnen und Bürger z.B. bei der Wärmewende, also beim Umstieg auf CO<sub>2</sub>-freies Heizen.

Auch müssen wir auch die Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen, also z.B. Aufklärung und Diskussionen vor Ort organisieren. Die Celler Klimaplattform ist hier unseres Erachtens vorbildlich, aber auch ein Projekt wie Greenhagen in Nienhagen. Das muss von den kommunalpolitischen Ebenen gefördert und genutzt werden, ohne dass dadurch deren Unabhängigkeit beeinträchtigt wird.

**Die Mobilitätswende steht im ländlichen Raum vor großen Herausforderungen. Wie kann eurer Meinung nach eine Angebotsverbesserung im ÖPNV oder überhaupt ländlicher Mobilität erreicht werden, die von den Menschen als Alternative zum motorisierten Individualverkehr angenommen wird?**

**SPD:** Beim Thema Mobilität kämpfen wir als SPD seit Jahren für mehr und bessere Angebote, zuletzt haben wir nach vielen Jahren endlich das Schülernetzticket durchsetzen können. Damit der ÖPNV wirklich attraktiv wird, muss er zwei Dinge gewährleisten: Er muss erreichbar und bezahlbar sein, für beides wollen wir uns stark machen. Ganz konkret: Wir wollen die Taktfrequenzen im Zug- und Busverkehr erhöhen, vor allem im Abendverkehr. Die bisherigen Mobilitätsangebote wollen wir noch stärker vernetzen. Und wir wollen ein 365-Euro-Ticket, mit dem alle Menschen für 1 Euro am Tag mit der Ce-Bus fahren können.

**B'90/Die Grünen:** Verkehrswende bedeutet zuerst auch, über die Stadtgrenzen hinaus zu denken. Gerade auf den Dörfern ist Mobilität ohne Auto oft nicht gegeben. Wenn Abends keine Busse mehr fahren, dann gibt es mit dem Anrufsammeltaxi eine günstige Alternative; aber eben nur im Stadtgebiet. Damit sind Schichtarbeitende oder einfach Menschen, die spät Abends oder in der Nacht mobil sein wollen oder müssen weiterhin auf ein Auto angewiesen. Und wer ein Auto vorhält, Versicherung und Steuern ohnehin bezahlt, fährt dann oft günstiger als mit dem Bus. Daher fordern wir ein 365-Euro-Ticket. Dadurch erhoffen wir uns langfristig eine stärkere Nutzung und als Folge eine stetige Verbesserung des Angebots durch die gestiegene Nachfrage. Das zu finanzieren braucht Zeit und Geld, da nicht jede\*r von heute auf morgen sein Auto stehen lassen oder gar verkaufen wird. Aber zumindest ist das Geld dort besser angelegt, als in immer neuen Asphalt. Und wo in Asphalt investiert wird, dann für sichere und gut ausgebaute Radwege, die auch mit E-Mobilität ein zügiges und heiles Ankommen erlauben sollen. Und damit meinen wir nicht den Pinselstrich auf der Hauptstraße mit der stetigen Angst im Nacken, von einem LKW übersehen zu werden.

In wenigen Jahren muss ein neuer Nahverkehrsplan aufgestellt werden, der zu den Hauptorten im Landkreis schnelle und häufige Verbindungen nach Celle anbieten soll. Bürgerbusse ergänzen dieses Angebot. Die Haltestellen sollten möglichst in 300 m zur Wohnbebauung erreichbar sein. In Dörfern sollten sie als ride and bike-Stationen ausgebaut werden. Die Kreisgrenzen

sind bislang Barrieren. Durch die Reaktivierung von vorhandenen Schienenstrecken gäbe es die Chance, die Strecken in den Heidekreis und in den Landkreis Gifhorn zu führen.

**Die Linke:** In einer ländlichen Region wie unserer, zudem mit den vielen Berufspendlerinnen und -pendlern, erscheint es unglaublich schwer, die Verkehrswende zu schaffen. Wir brauchen attraktive Alternativen, d.h. günstig, bequem und schnell. Der nächste Nahverkehrsplan muss hier einen großen Schritt nach vorn bringen. Dazu gehört zum Beispiel ein Jahresticket für 365 Euro im gesamten Landkreis, eine höhere Taktfrequenz – und vor allem ein Abend- und Wochenendverkehr, der es zulässt, auf das Auto zu verzichten. Die Fahrradwege müssen ausgebaut werden, um zu einer sicheren und bequemen Alternative zu werden. Und wir brauchen gerade im ländlichen Raum viele kleine Lösungen: z.B. öffentlich unterstütztes Car-Sharing und Mitfahrbörsen. Vielleicht geht es dabei im ersten Schritt tatsächlich auch nur darum, dass Zweitwagen abgeschafft werden können.

Wir schaffen es, jeden Tag Hunderte von Schüler\*innen ohne Auto an ihre „Arbeitsplätze“ zu bringen. Das muss unser Ziel sein auch für die Großbetriebe, also z.B. Lobetal, AKH, Baker. Dafür haben wir eine Untersuchung angeregt dahingehend, was die Beschäftigten davon abhält, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Wenn wir das genauer wissen, muss der ÖPNV daraufhin angepasst werden. - Und wir müssen auch an die denken, deren Mobilität aus finanziellen Gründen eingeschränkt ist. Aber dazu mehr in der nächsten Frage.



**Jedes sechste Kind (bzw. Jugendliche) bis 18 Jahren wächst in Celle in einer Hartz IV-Bedarfsgemeinschaft auf, lebt also einem Haushalt, der als „arm“ gilt - der größte Teil davon in Alleinerziehenden-Haushalten. Auch wenn Kommunalpolitik nur über wenige Möglichkeiten verfügt – welche Ideen habt ihr, diese Situation anzugehen und zu verbessern?**

**SPD:** Das ist leider so, in der Kommunalpolitik haben wir dort nur ganz wenig Spielraum. Vor allem können wir was beim Thema Wohnen tun, dort setzen wir uns seit geraumer Zeit für eine realistische Wohngeldtabelle ein. Für Kinder und Jugendliche wollen wir vor allem die Freizeitangebote ausbauen, nach Corona brauchen junge Menschen Zeit und Raum zum Aufholen. Da werden wir alles unterstützen, was hilft!

**B'90/Die Grünen:** Ein Ansatz ist menschlicherer Umgang mit dem Wohnungsmarktgutachten. Solch ein Gutachten hat seine Berechtigung und ist ein Anhaltspunkt, damit Vermietende keine Wunschpreise aufrufen, im Wissen „das Amt zahlt ja“. Ist aber keine Wohnung zu einem im Gutachten festgestellten Mietzins zu finden, dann wird uns zurückgespiegelt, dass ein hoher sich in regelmäßigen Abständen wiederholender Nachweisaufwand durch die Leistungsbeziehenden erforderlich ist. Und wer sich dem aus Frust entziehen will, zahlt aus seinem Existenzminimum drauf.

Als Fraktion versuchen wir bei unseren Anträgen nicht nur auf Leistungsbeziehende zu schauen, sondern Geringverdienende generell zu berücksichtigen. Letztere liegen vielleicht nur leicht über dem Bedarfssatz oder kommen auch ohne Arbeitslosengeld II über die Runden und verzichten aus nachvollziehbaren Gründen, sich dem Bürokratiemonster Antragstellung ALG II auszusetzen. Ein Beispiel: Wir diskutierten in unserer Fraktion vor einiger Zeit, wie wir den ÖPNV für Hilfeempfänger\*innen vergünstigen könnten. Neben zusätzlichen Bürokratiekosten waren eben auch die Geringverdienenden ein Grund neben anderen Gründen, dass wir mit dem 365 Euro-Ticket einen günstigeren ÖPNV für Alle wollen.

Als wichtig erachten wir, auf gleiche Chancen und gleiche Teilhabemöglichkeiten unabhängig vom Einkommen zu achten. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist dabei ein wichtiger Punkt, wo ein aktives Zugehen auf die anspruchsberechtigten Familien uns ein Anliegen bleiben wird. In der Schulpolitik sehen wir mit dem Konzept der Gesamtschule, dass infolge einer höheren Durchlässigkeit die Chancen auf ein Abitur steigen. Wir werden für eine weitere Gesamtschule kämpfen. Viele Themen werden hier aber auch in unseren Städten und Gemeinden entschieden. Sei es bei den Eintrittspreisen im Schwimmbad oder die Zahl der Spielplätze. Und da geht es nicht allein darum, die Situation zu verbessern, sondern auch eine Verschlechterung zu verhindern, wenn nach Corona der Rotstift in den Rathäusern angesetzt wird.

**Die Linke:** Ja. Kaum jemand spricht über das größte soziale Problem: Kinderarmut. Grundlegend ändern lässt sich das auf kommunaler Ebene nicht. Aber mit einem Sozialpass, wie es ihn z.B. in Hannover gibt, wäre eine Brücke gebaut zu mehr Teilhabe. Neben Vergünstigungen bei Kultur und Sport geht es vor allem um den ÖPNV: Die Tageskarte kostet dort die Hälfte, die Monatskarte etwas mehr als die Hälfte. Das würde vor allem den vielen Alleinerziehenden helfen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Für Menschen mit normalen Einkommen sind die Wohnkosten eine große Belastung geworden. Deshalb wollen wir, dass es mehr öffentlich geförderte Wohnungen mit Sozialmieten gibt. Seit Jahren gibt es zudem für viele Sozialleistungsbezieherinnen und -bezieher eine Kostenlücke. Die Mietwerttabelle im Landkreis ist so, dass viele

nicht die vollen Wohnkosten erstattet bekommen, sondern sie aus den Regelleistungen etwas abzwacken müssen. Auch das geht auf Kosten der Zukunft der Kinder. Das kritisieren wir seit Jahren – und wir sind froh, dass SPD und Grüne das zuletzt endlich begriffen haben.



**Wenn wir das richtig sehen, steht in der nächsten Wahlperiode die Verabschiedung des Regionalen Raumordnungsplans an. Welchen Änderungsbedarf seht ihr heute zum 2016 vorgelegten Entwurf?**

**SPD:** Vor allem muss das Konzept den heutigen Gegebenheiten entsprechen. Wir werden uns konkret über Standorte für erneuerbare Energien, vor allem für Windkraft unterhalten müssen.

**B'90/Die Grünen:** Dem Regionale Raumordnungsprogramm RROP fehlen Zukunftsbausteine wie die Reaktivierung der vorhandenen Schienenstrecken. Bislang wurde die noch ausstehende Verabschiedung mit der Erneuerung des Landesraumordnungsprogramms und die erforderliche Anpassung des örtlichen RROP begründet. Die Diskussionen betrafen primär den Ausbau der Windenergie, wobei sowohl die militärisch genutzten Radar- und Tieffluggebiete, als auch die Naturschutzgebiete weite Bereiche im Landkreis Celle ausschließen.

Durch die Pandemie und die Ausweisung von Schutzgebieten auf den letzten Drücker ist die Diskussion zum künftigen RROP aktuell im Kreistag noch nicht wirklich gestartet. Als Fraktion wollen wir in der nächsten Wahlperiode darauf bestehen, dass die Diskussion schnell beginnt. Bei der Ausweisung der Schutzgebiete haben wir oft zu Hören bekommen: „Wir haben keine Zeit. Das muss jetzt schnell beschlossen werden, sonst drohen Strafen.“ Politische Teilhabe sieht anders aus. Änderungsbedarf sehen wir als Fraktion insbesondere in der Konkretisierung von Umweltzielen. Wir haben den Eindruck, dass gerade ökonomische Aspekte sehr detailliert dargestellt wurden, während ökologische Themen eher im Vagen bleiben. Als Beispiel kann die Verhinderung der Zersiedelung der Landschaft genannt werden. Klingt gut, aber konkrete Festlegungen fehlen. Mit Blick auf die von uns anvisierte Verkehrswende muss sich das RROP in Sachen Mobilität und Straßenverkehr neu ausrichten. In Fragen der Windenergienutzung hat das RROP einen wichtigen Einflussfaktor. Dass in 2021 aber die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen zurückging, hat aber andere Ursachen als im Ausbau in Niedersachsen. Neben der 10H-Regel in Bayern ist die fehlende vorausschauende Förderkulisse derzeit sicherlich das größte Problem.

**Die Linke:** In einigen Gemeinden des Landkreises wird über Windkraft schon mehr elektrische Energie erzeugt, als dort gebraucht wird. Trotzdem: Wir brauchen noch mehr Windenergie. Der regionale Raumordnungsplan muss dafür die Voraussetzungen schaffen. Wir wollen, dass dabei Teilnehmungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger zum Zug kommen. Das wird die Akzeptanz erhöhen. Und wir brauchen viel mehr Photovoltaik. Da müssen im nächsten Schritt der Kreis, die Städte Celle und Bergen und die Gemeinden bei ihren Immobilien vorangehen. Und für die Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer brauchen wir eine unabhängige Beratung, die durch die Umsetzung unserer Forderung nach einer Energiewendeagentur eine Grundlage bekäme.

Wichtig dabei ist uns noch, dass das Ganze nicht als bürokratische Veranstaltung abläuft, sondern die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen, damit nicht nur die sogenannten Träger öffentlicher Belange gehört werden. Es geht um unsere Zukunft, und da müssen die gehört werden, die es betrifft. Und da müssen auch Formate gefunden werden, die Beteiligung tatsächlich ermöglichen. Da müssen wir deutlich über die Möglichkeiten hinausgehen, die die Kommunalverfassung anbietet.



**Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) ist seit 2019 in einer erheblichen finanziellen Schieflage. Wir würden von euch gern wissen, wie bei euch die Ursachenanalyse ausgefallen ist und wie der Landkreis im Weiteren mit dieser Situation verfahren soll?**

**SPD:** Die Ursache ist klar: Hier hat ein ehemaliger Vorstand zusammen mit einem laschen Wirtschaftsprüfungsunternehmen am Aufsichtsrat vorbei die Bilanz geschönt. Entsprechend hat der Aufsichtsrat die Bilanz auf den Prüfstand gestellt und Luftbuchungen wertberichtigt. Für uns ist aber vor allem die Zukunft entscheidend: Die SPD wird den geplanten Neubau am AKH auf allen Ebenen unterstützen – und die SPD ist das Bollwerk gegen eine Privatisierung unseres Krankenhauses. So lange wir irgendwo Verantwortung tragen, ist eines klar: Mit uns wird es keinen Verkauf unseres Krankenhauses geben.



**B\*90/Die Grünen:** Nur aus finanzieller Sicht betrachtet ist die Lage eigentlich eher umgekehrt. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Krankenhauslandschaft einmal ausgeklammert, hat sich die Situation mittlerweile verbessert. Die Zahlen sind ehrlicher geworden und orientieren sich nunmehr an der Realität. Man hat das Heil im Zusammenschluss mit Peine gesucht, nur auf Synergieeffekte geschaut und ist dadurch strukturelle Probleme nicht angegangen. Die Probleme von heute sind die Versäumnisse der Vergangenheit. Investitionen wurden nicht im erforderlichen Umfang vorgenommen, hohe Instandhaltungs- und Energiekosten sind die Folge. Hinzu kamen klein gerechnete Risiken, wie bei der Leistungserstattung durch die Krankenkassen. Alles zusammen führte zwar zu tollen Jahresabschlüssen; die waren aber nicht wirklich realistisch. Und irgendwann platzte die Blase, was zum großen Knall führte. Die so genannten tertiären Bereiche waren die Ersten, wo der Rotstift angesetzt wurde, auch wenn der Betriebsrat im Nachgang noch einiges für die Mitarbeitenden abfedern konnte. Die Entscheidungsspielräume waren durch diesen „Knall“

plötzlich minimal, wo bei realistischeren Zahlen viel früher Handlungsbedarf erkannt worden und im besten Fall der damalige Alleinvorstand vor die Tür gesetzt worden wäre. Ökologisch und sozial wäre es uns lieber gewesen, die Energie- und Instandhaltungskosten bereits vor Jahren zu senken, als dies heute bei den Personalkosten zu tun. Dass sich die Kreispolitik damit begnügt, dass Investitionen nur zu rund einem Drittel vom Land finanzieren zu lassen, obwohl die Finanzierungsverantwortung gänzlich beim Land läge, wird die Situation nicht verbessern. Vorausgesetzt das Krankenhaus zahlt wie vorgesehen die vom Kreis geliehene Summe über die Jahrzehnte hinweg vollständig ab, so fehlt das Geld an anderer Stelle. Auch für das Personal.

Das damalige Problem dürfte sicherlich an unzureichenden Kontrollmechanismen liegen. Die Krankenhausführung durch einen Alleinvorstand war dabei nur ein Beispiel. Eine Doppelspitze wollen wir auf Dauer beibehalten; gerne auch mit einer Frau besetzt. Eine konzerninternes Compliance, welches auch dem Aufsichtsrat über Verdachtsfälle frühzeitig berichtet, und regelmäßige unabhängige Untersuchungen. Dass es nicht genügt, sich auf Wirtschaftsprüfer zu verlassen, zeigten neben dem AKH auch andere Beispiele wie EY bei Wirecard. All dies lässt sich aber auch übertragen auf andere Beteiligungen des Landkreises und die auch auf die Kreisverwaltung selbst.

Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser und auch kein Misstrauensbekunden gegenüber handelnde Personen. Dabei wollen wir künftig auch stärker auf eine Einbindung von Mitarbeitenden im Aufsichtsrat setzen und diskutierten bereits eine entsprechende Satzungsänderung in unserer Fraktion. Neben einem Stimmrecht für den Betriebsrat schwebt uns auch eine generelle stärkere Einbindung des Personals im Aufsichtsrats, beispielsweise aus der Pflege vor.

**Die Linke:** Die AKH-Gruppe liegt finanzpolitisch auf der Intensivstation. Ein Grund ist die vor Jahren von SPD und Grünen eingeführte Fallpauschalenregelung. Aber es geht auch um Misswirtschaft des letzten Vorstands und das Versagen des Aufsichtsrates - in dem Sitzen Vertreterinnen und Vertreter von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD. Wir wollen in jedem Fall verhindern, dass das AKH privatisiert wird. Deshalb wollen wir es – wie es auch die Gewerkschaft ver.di vorschlägt –, von der Stiftungskonstruktion in ein öffentlich-rechtliches Kreiskrankenhaus umwandeln. Wir wollen, dass im Aufsichtsrat zur Hälfte gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten sitzen. Dann nämlich wäre es vielleicht nicht passiert, dass beim Sanierungskurs als Erstes die Beschäftigten aus den Servicebereichen durch Ausgliederung massive Lohneinbußen hinnehmen mussten.

**Die lange Jahre deutliche Mehrheit von CDU-FDP-Unabhängigen-WG ist bei der letzten Wahl auf die Stimme des Landrats geschrumpft, weil sich das „Lager“ halt rechnerisch durch die sechs Mandate der AfD verkleinert hat. Wenn sich die WG mal auf die linke Seite orientieren würde, gäbe es vielleicht sogar die Chance für eine andere Politik. Jetzt könnten die Bürger\*innen aber den Eindruck haben, dass, da die SPD zur Wahl des CDU-Sozialdezernenten Flader zum Landrat aufrufen will, diese Option gar nicht mehr besteht. Was meint ihr dazu?**

**SPD:** Das ist Unsinn. Wir hätten beim letzten Mal eine andere Mehrheit bilden können, die WG war dazu nicht bereit und einem Vertreter der PARTEI ist auf einmal eingefallen, dass er doch lieber zur FDP will, was tatsächlich Realsatire war. Wir werden auf jeden Fall wieder versuchen, eine progressive Mehrheit zu bilden. Das

## **Als revista fast verhinderte, dass Dr. Jörg Nigge Oberbürgermeister wurde**

Vor fünf Jahren hätten wir ja (leider nur) fast verhindert, dass Dr. Jörg Nigge Oberbürgermeister in Celle wurde. In unserer Ausgabe #81 deckten wir auf, dass er bei seinem Wahlprogramm ein Großmeister in Copy & Paste war. Große Passagen hatte er bei der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker abgeschrieben. Beispiele:

*„Celle ist eine Stadt mit Lebensqualität und Flair, eine Stadt mit Geschichte und Zukunft. Eine Stadt, auf die viele Celler zu Recht stolz sind.“* Hier wurde nur "Köln" durch "Celle" ersetzt und statt "Kölnerinnen und Kölner" waren es bei Nigge "Celler".

Eins zu Eins übernahm er folgende Passage:

*„Ich lade für die nächsten Jahre alle demokratischen Kräfte zu einer offenen Diskussion mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein, um Mehrheiten für gute und zukunftsfähige Lösungen zu finden. Nicht Blockbildung und Hinterzimmer dürfen entscheidend sein, sondern die besten Argumente.“*

Oder auch:

*„Ob wir die globalen Ziele beim Klima- und Umweltschutz erreichen, entscheidet sich vor allem in den Städten – auch in unserer Stadt. Nur in der umwelt- und klimagerechten Stadt der kurzen Wege und grünen Vielfalt werden wir auch in Zukunft gut und gesund leben können. Energieeffizienz, intelligente Mobilitätskonzepte und Zukunftstechnologien wie die Elektromobilität werden immer wichtiger als wirtschaftliche Standortfaktoren.“*

Es waren noch weitere Passagen. Auch überregionale Medien berichteten anschließend. Aber knapp mehr als die Hälfte der Celler\*innen, die im zweiten Wahlgang ihre Stimme abgaben, interessierte es nicht. Nigge gewann die Wahl gegen den bis dahin amtierenden OB Dirk-Ulrich Mende (SPD).

Wahrscheinlich war er einfach großzügiger: Mit kostenloser Bratwurst und Bier lassen sich in Celle halt Wahlen gewinnen.

geht aber nur mit einer starken SPD! Was uns aber auch von anderen im linken Lager unterscheidet: Wir machen Realpolitik, nur meckern reicht uns nicht, vom reinen Rechthaben ist noch nichts besser geworden.

**B'90/Die Grünen:** Dass die Sozialdemokraten gefühlt noch vor der CDU den CDU-Kandidaten zum gemeinsamen Kandidaten ausriefen, spricht eigentlich Bände. Bei abstürzenden Wahlergebnissen hat die SPD oftmals ihr Glück in einer GroKo gesucht. Sei es im Bund oder im Land. Aber der Celler Kreistag war auch schon in der Vergangenheit für Überraschungen gut. Dass die Spaßpartei „Die Partei“ mit Herrn Lenzen – heute FDP-Mitglied – bereits kurz nach der Wahl ungewollt Mehrheitsbeschafferin für die CDU wurde, war vorher nicht absehbar. Alles ist offen. Im Guten, wie im Schlechten.

**Die Linke:** In der Tat hat die SPD mit ihrer Unterstützung von Flader ein fragwürdiges Zeichen gesetzt. Unbefriedigend ist aber auch, dass die Grünen sich offensichtlich nicht in der Lage sehen, eine Gegenkandidatin aufzustellen, die wir wahrscheinlich unterstützt hätten – aber klar, wir haben auch niemand. Für uns wäre wichtig, dass wir mit zwei Leuten in den Kreistag kommen, um eine Fraktion zu bilden, was unsere Handlungsmöglichkeiten deutlich verbessern würde. Gut wäre, wenn die AfD, die außer Rassismus und der Unterstützung von konservativen CDU-Positionen nichts zu bieten hatte, deutlich weniger Unterstützung aus der Bevölkerung bekäme. Ansonsten haben wir den Wunsch, dass der Kreistag sich endlich emanzipiert von dem Gutsherren-Gestus, mit dem Landrat Wiwse meinte, verwalten zu können. Die Zeiten des preußischen Landrats müssen endlich der Vergangenheit angehören.



## Welche Frage habt ihr vermisst?

**SPD:** Na, die zum Riesenthema Bildung! Interessiert das die revista nicht? Uns schon! Deshalb: Wir kämpfen z.B. weiter für die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule, nachdem wir die erste erfolgreich durchgesetzt haben. Und mehr noch: Wir machen uns stark für die nachhaltige Sanierung und bessere Ausstattung unserer Schulen inkl. schulweitem WLAN und modernen Endgeräten, den Ausbau der Ganztagsangebote inkl. kostenfreiem Mittagessen, mehr Schulsozialarbeit, mehr Sprach- und Leseförderung, Verbesserung der Inklusion und Integration, kostenfreien und erreichbaren Sport- und Freizeitangeboten, so u.a. Schwimmunterricht für alle Grundschulkinder, die Ausweitung des Schülernetztickets für Auszubildende, die Sicherung und den Ausbau der Jugendhilfe und -pflege, der Jugendzentren und der aufsuchenden Jugendarbeit, die Unterstützung der Erwachsenenbildung inkl. der Volks- und Heimvolkshochschulen und und und ...

**B'90/Die Grünen:** Ein interessantes Thema ist sich sicherlich das Verhältnis des Landkreises zu den kreisangehörigen Gemeinden und Städten. Auf die Tagesordnung kommt dies meist zum Jahresende in Zusammenhang mit der Diskussion der Kreisumlage. Aber der Kern liegt eigentlich woanders. Der Landkreis finanziert sich nicht nur, aber insbesondere - durch die Kreisumlage. Wir nehmen eine zunehmende Verdichtung der Aufgaben beim Landkreis wahr. Dies hat teils handfeste Vor-



teile, wenn Aufgaben gebündelt werden. Gerade in der IT oder bei hochkomplexen Aufgaben wie im Ausschreibungsrecht. Wir sehen aber auch, dass statt Kreisumlagen immer wieder neue „Förderprogramme“ für die Gemeinden erdacht werden.

Über kurz oder lang wird dann Politik nicht in den Gemeinden vor Ort, sondern im Kreistag gemacht. So gut das ein oder andere Förderprogramm auch ist: Es kann nicht sein, dass ein Gemeinderat künftig für den Kreistag kandidieren muss, um Gemeinderatspolitik zu machen. Das Thema Abgabe der Jugendhilfe von der Stadt an den Landkreis einmal ausgeklammert, da die Sozialpolitik des Oberbürgermeisters nochmals ein eigenes Thema ist. Dass soll aber nicht aus dem Kreistag heraus beurteilt werden soll, sondern von den Fraktionen der Stadt.

Als Alternative stellen wir uns eher eine stärkere Vernetzung zwischen den Gemeinden vor, was auch andere Vorteile mit sich bringen kann: Aus umweltpolitischer Sicht bspw. die immer größer werdenden Gewerbegebiete zu einem Dumpingquadratmeterpreis zu planen, damit eine Firma sich im Ort A und nicht Ort B niederlässt. Das ist auf Dauer nicht zukunftsfähig.

**Die Linke:** Der Einfluss von Kommunalpolitik auf die Wirtschaft ist – machen wir uns nichts vor – gering. Trotzdem: Wir wissen, dass wir in Celle mit der fossilen Energiebranche so keine Zukunft haben. Und wir wollen, dass Betriebe der Rüstungsindustrie (wie Rheinmetall) so keine Zukunft haben. Das heißt: Wir brauchen einen Umbau. Die Energiebranche muss – aus unserer Sicht – auf Geothermie setzen. Und für Rheinmetall würden wir uns wünschen, dass der Standort seine Zukunft in der öffentlichen Mobilität sucht (Busse, Schienenverkehr). Industrielle Jobs werden in den nächsten Jahren massenhaft über den Ausbau der erneuerbaren Energien entstehen. Hier sollten die Gemeinden entsprechende Angebote für Investitionen mittelständischer Betriebe machen. Und zur Landwirtschaft: Wir setzen uns dafür ein, dass der Umbau zu ökologischer Landwirtschaft auch durch die Kommunalpolitik Unterstützung findet.

Und vielleicht noch dies: Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind als Flüchtlinge nach Celle gekommen. Wir wollen ein gleichberechtigtes Zusammenleben für alle Menschen schaffen – und zwar unabhängig von Pass und Aufenthaltstitel. Die europäische Abschottungspolitik führt dazu, dass Menschen, die aus Krieg und zerfallenden Staaten entfliehen, tödliche Gefahren auf sich nehmen. Das muss sich ändern. Wir wollen, dass Stadt und Landkreis hier ein Zeichen setzen und sich der Städtekoalition „Sichere Häfen“ anschließt. Dazu gehört auch, die unmenschliche Abschiebepolitik zu beenden, für die es Verantwortliche in der Kreisverwaltung und dem Celler Rathaus gibt.

## VOTO – der kommunale Wahl-O-Mat

Erstmals gibt es bei Kommunalwahlen in Niedersachsen die Chance, einen Wahl-O-Maten zu nutzen, um die eigene Übereinstimmung mit programmatischen Aussagen der Parteien und Wählergruppen zu überprüfen. Für den Landkreis Celle sind dies: Stadträte in Celle und Bergen, Samtgemeinderäte in Lachendorf und Flotwedel, Gemeinderäte in Wietze, Eschede, Südheide, Faßberg, Wathlingen, Hambühren und Winsen.

Politikwissenschaftler\*innen der Uni Oldenburg haben sich gemeinsam mit Fachkolleg\*innen der Uni Frankfurt sowie der TU Darmstadt mit dem Gründertrio der digitalen Wahlhilfe VOTO zusammengetan.

Gemeinsam mit Schüler\*innen einer 11. Klasse des HBG aus Celle haben Journalist\*innen der CZ Thesen zu kommunalpolitisch relevanten Themen erarbeitet. Ein weiterer, eher allgemeiner Thesen-Teil kam vom VOTO-Team.

Seit dem 10. August können Wahlinteressierte, insbesondere Jungwähler\*innen sich so „auf spielerische Weise mit den ihnen wichtigen Themen und kommunalpolitischen Aufgaben befassen“ – so die PM der Uni.

Anders als beim bekannten „Wahl-o-mat“ der Bundeszentrale für politische Bildung können bei VOTO sowohl Parteien als auch Kandidierende ein eigenes Profil anlegen. Sie geben dabei ihre Informationen und Meinungen zu ausgewählten Themen ein. Indem Wahlinteressierte ihre eigenen Positionen eintippen, können sie sehen, welche Parteien und Kandidierenden ihnen in politischen Themen am nächsten stehen. Dabei wird keine Wahlempfehlung abgegeben, sondern lediglich Orientierung geboten.

Behandelt werden die Komplexe Klimaschutz, Verkehr, Kultur, Landwirtschaft, Sicherheit, Wohnen, Integration, Demokratie. Sozialpolitische Fragen haben keinen Eingang gefunden.

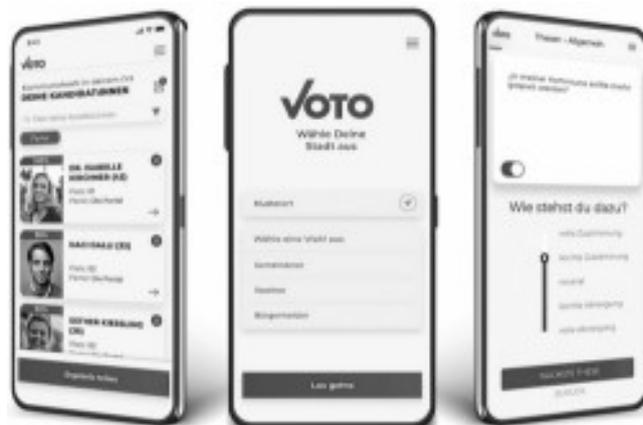
Leider ist uns beim Gang durch die Thesen für den Celler Stadtrat auch einiges aufgefallen, für das die Kommunalpolitik schlicht nicht zuständig ist, also z.B.: „Der Wolf soll bejagt werden dürfen, um den Viehbestand zu schützen.“ - Oder: „Alle Celler Bürgerinnen und Bürger müssen zur regelmäßigen Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs verpflichtet werden.“ Ähnlich ist es mit den Thesen zur Landwirtschaft.

Zum Bereich Klimaschutz gibt es eine These aus dem Wolkenkuckucksheim, nämlich: „Die Celler Innenstadt muss in den kommenden drei Jahren eine klimaneutrale Zone umgewandelt werden.“ Wie das? Bewohner\*innen aussiedeln und eine Mauer drumherum bauen?

Ein gutes Viertel der Thesen sind aus dem Bereich Klimaschutz und Verkehrswende. Auch dabei zeugen nicht alle Fragen von kommunalpolitischem Durchblick;

Beispiel: „Die Taktung des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Celle soll erhöht werden, auch wenn dies von der Stadt finanziert werden muss.“ Auf jeden Fall, werden die meisten denken, aber: Die Finanzierung des ÖPNV ist keine Aufgabe der Stadt, sondern des Landkreises.

Und da wird es dann mit der Übereinstimmung mit Parteimeinungen problematisch; denn: Was sollen die Parteien hier als ihre Meinung eintragen. Eigentlich müsste diese These abgelehnt werden, aber alle wissen,



dass ihre Klientel eine „volle Zustimmung“ erwartet. Ähnlich ist es mit unspezifischen Fragen wie: „Touristische Angebote in unserer Region sollen ausgebaut werden.“ Die zukunftsfähige Antwort kann nur ein: Ja, aber – sein, wobei das „Aber“ die klimarelevanten Aspekte mitdenkt.

Oder – letztes Beispiel: „Auch für Kinder unter drei Jahren soll die Kinderbetreuung gebührenfrei sein und von der Stadt Celle finanziert werden.“ Das ist nicht eine „These“, sondern zwei. Und die zweite ist kommunalpolitisch fragwürdig, weil das Land zuständig wäre – also „Stimme voll zu“ oder „stimme gar nicht zu“.

Von Schüler\*innen kann niemand Kenntnisse zu den angesprochenen Unschärfen erwarten. Wir fragen uns aber schon, was die begleitenden CZ-Journalist\*innen in diesem Projekt eigentlich gemacht haben? Sich die Wolfs-These ausdenken?

Am Ende der Befragung gibt's ein Ergebnis, dass die drei Parteien ausweist, mit denen die größte Übereinstimmung vorhanden ist. Unter dem Reiter „Thesen“ lässt sich dann nachvollziehen, wo Abweichungen und Übereinstimmungen waren – und die Parteien hatten die Gelegenheit, ihre Einstellung zu begründen.

Für Smartphone-User\*innen gibt's eine App, wer's am PC machen will, kommt hier zu den Fragen

<https://voto.vote/celle>

bzw. statt „celle“ z.B. „wietze“ eingeben.



----- 03.06.2021 -----

## Kidical Mass

Die VCD Kreisgruppe Celle (Verkehrsclub Deutschland) veranstaltete eine gemütliche Fahrradrundfahrt "kidical mass" durch Celles Zentrum. Anlass war der von den Vereinten Nationen (UN) im Jahre 2018 jährlich festgelegte Weltfahrradtag. Knapp 50 Teilnehmende forderten sichere Fahrradwege – auch für Kinder.



----- 05.06.2021 -----

## Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Rund 20 Menschen protestierten in der Altstadt gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Afghanistan gilt laut Global Peace Index als „unsicherstes Land der Welt“ – aber auch das Leben in der BRD ist unzumutbar, wenn jederzeit die Abschiebung droht.

Deshalb wurde von über 60 Organisationen zum bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan unter dem Motto #Afghanistan-NotSafe aufgerufen.

Aus diesem Grund versammelten sich unterschiedliche Menschen und machten ein Solidaritätsfoto. Dabei waren unter anderem Aktivist\*innen von

"Rheinmetall entwaffnen", „LIST – Land in Sicht -Transition“ und der feministischen Organisation "Gemeinsam Kämpfen! Für Selbstbestimmung und Autonomie".

Sie forderten den sofortigen und absoluten Abschiebestopp nach Afghanistan und ein Bleiberecht für alle Menschen. - Nur drei Wochen später wurde ein junger Afghane aus Celle abgeschoben – mehr dazu auf Seite 16.

----- 27.06.2021 -----

## Gedenken für ermordete sowjetische Kriegsgefangene

Gewerkschafter Charly Braun begrüßte über hundert Gäste mit einem Zitat des amerikanischen Philosophen Santayana: „*Wer sich an die Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.*“ Eingeleitet vom Posaunenchor und Friedensgebeten der katholischen und evangelischen Gemeindemitarbeiter Ulrich Fisser und Jörg Wasik, sprach Mikhail Selenkin, Attachè des russischen Konsulats, ein Grußwort. Er verdeutlichte, dass durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion nahezu jede Familie Tod und Barbarei zu spüren bekam. Und: „*Die Sowjets haben die Hauptlast des Krieges getragen. Der Großteil der deutschen Truppen wurden durch die Rote Armee gebunden.*“ Fritz Patzelt von der VVN/BdA zählte denn auch noch mal auf, in welchem Umfang die Deutschen das Land zerstört haben. Selenkin ergänzte, man betrachte es in seiner Heimat mit Sorge, dass in Deutschland sich schleichend eine Behauptung verbreite, die Angreifer und Befreier mehr und

mehr gleichsetze.

Der bekannte Schauspieler Rolf Becker berichtete über einen Vergleich, den der SS-Führer Himmler anstellte: Man müsse Russland wie ein Schwein abschlachten und ausbluten lassen. Beckers Vater habe bei seinem letzten Familienbesuch vor seinem Tod bei Stalingrad gesagt: „*Ich hoffe, dass uns die Russen das nicht antun werden, was wir den Russen angetan haben.*“ Der friedensbewegte Rolf Becker warnte: „*Wenn die NATO sich mit Russland anlegt, wird der Kriegsschauplatz Europa sein.*“

Historikerin Vera Hilbich hat die Geschichte des Umgangs mit der lokalen Verbrechensgeschichte nach 1945 recherchiert. Sie berichtete, dass das erklärende Denkmal auf dem Kriegsgefangenenfriedhof, das die Überlebenden errichtet hatten, später abgerissen und durch ein Denkmal des Nazi-Bildhauers Seelenmeyer ersetzt wurde. Friedhofspflege fand nur statt, wenn sich die Alliierten mal wieder beschwerten. Um am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus Gedenkfeiern zu behindern, wurde auch schon mal ein Manöver verlängert. Die ehemalige Bergen-Belsen-Jugendarbeiterin forderte schließlich, das Gebäude der ehemaligen Entlassung der Bundeswehr zu entziehen und zu einem Gedenk- und Seminarort zu machen.

----- 07.07.2021 -----

## Unterschriften gegen NPD-Hof

Einen Tag nach der von ihm abgesegneten Abschiebung eines jungen Celles nach Afghanistan übergab das Netzwerk Südheide gegen Rechtsex-



tremismus 41.000 Unterschriften für die Schließung des NPD-Hofes in Eschede an Innenminister Boris Pistorius.

Eine Schließung sei so ohne Weiteres noch nicht möglich, meinte Pistorius. Wenn sich ein Hebel finde, dort zu intervenieren, würde die Landesregierung dies tun - „mit den Mitteln des Rechtsstaates“. Letztere immerhin reichten um ein großes Anliegen der NPD („Konsequent abschieben“) zu verwirklichen.

----- 18.07.2021 -----

## Neuenhäusen solidarisch

Knapp 100 Menschen aus Neuenhäusen kamen im Triftpark zu einer Stadtteilversammlung zusammen. Die "Solidarischen Initiative Neuenhäusen" hatte dazu eingeladen. Nachdem Menschen aus der Nachbarschaft vor ein paar Monaten die "Solidarische Initiative Neuenhäusen" gegründet hatten, wurde in den vergangenen Wochen eine Umfrage im Stadtteil durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung wurden im Triftpark vorgestellt und mit einer Ausstellung visualisiert.

Bei der Versammlung fanden sich Arbeitsgruppen zu den Bereichen Kultur, Ökologisches und Orte der Begegnung zusammen. Dort wurden Ideen diskutiert und konkrete Pläne entwickelt, wie diese im Stadtteil gemeinsam realisiert werden. Es wird beispielsweise ein „Schwarzes Brett“ für Informationen und Austausch geben und es soll ein Ort geschaffen werden, in dem sich Menschen von jung bis alt treffen und kennenlernen können. Zum Thema Ökologie gab es unterschiedliche Ideen wie z.B. Naturführungen, eine Streuobstwiese oder einen Gemeinschaftsgarten im Stadtteil. Zum Thema Kultur gab es die Ideen, sich zu offener Kultur im Triftpark zu treffen und ein selbst organisiertes Stadtteilfest zu veranstalten.

„Neuenhäusen sind wir - deshalb ist es wichtig, dass wir uns zusammenschließen, uns vernetzen und gemeinsam organisieren, wie wir uns unseren Stadtteil und unser Leben hier vorstellen. Wir laden alle Menschen, die sich mit dem Stadtteil verbunden fühlen dazu ein, Teil der Initiative zu werden“, so Nina Binder von der "Solidarischen Initiative Neuenhäusen".



----- 29.07.2021 -----

## Earth Overshoot Day

Mitglieder der Initiative LIST (Land in Sicht – Transition) und der Klimaplattform haben mit einer Mahnwache auf den „Earth Overshoot Day 2021“ hingewiesen. Der Erdüberlastungstag markiert jedes Jahr das Datum, an dem die Menschheit alle biologischen Ressourcen verbraucht hat, die die Erde während des gesamten Jahres regenerieren kann.

Bei der Mahnwache kritisierte die Initiative auf Info-Tafeln die Hoffnung, durch das Pflanzen von Bäumen eine ausreichende Kompensation für den westlichen Lebensstil erreichen zu können. Was ein Baum in 80 Jahren Wachstum an CO<sub>2</sub> binden könne – nämlich etwa fünf Tonnen, emittiere ein Mittelklasse-PKW aktuell im Durchschnitt in einem Jahr.

Symbolisch wurden „Ablassbriefe“ angeboten, in denen darauf hingewiesen wurde, dass das Pflanzen von Bäumen erst in einer Zukunft eine Wirkung entfaltet, für die der Menschheit die Zeit weglaufe. Beispiel: „Wenn Du diesen Ablass-Brief für 10 Euro erwirbst, dann wird damit

zum CO<sub>2</sub>-Ausgleich ein Bäumchen gepflanzt. Damit erwirbst Du die moralische Berechtigung, in 60 Jahren auf die Malediven zu fliegen. Falls bis dahin die Malediven im Meer versunken sind, verfällt das Flugrecht und Deine Klimasünden werden Dir nicht vergeben!“

Die Sprecherin der Initiative LIST, Cornelia Döllermann-Nöltig, zitierte dazu ein gerade in der Klimaschutzbewegung gern genutztes Bonmot auf die Frage, wann die beste Zeit sei, einen Baum zu pflanzen: „Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 40 Jahren.“ Aber, das fügte sie hinzu: „Trotzdem ist selbstverständlich die zweitbeste Zeit jetzt.“



# Deutschland. Alles ist drin, oder?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Der lange Lulatsch:** Und – wollt ihr Tipps abgeben für die Bundestagswahl?

**Oma Lilo:** Die Konzerne wollen „schwarz-grün“, also werden sie’s schon bekommen, oder?

**Die Dicke:** Und wenn’s nicht reicht, bekommen wir die „Deutschland-Koalition“.

**Klein Jonas:** Was soll das sein?

**Die Dicke:** Na – „schwarz – rot – gold“ ...

**Der lange Lulatsch** (wirft ein): ... *Adler mit Colt*; alter Reim von Sli-me.

**Die Dicke:** Also CDU, SPD und FDP.

**Der Besserwisser:** Die können sich zumindest halbwegs problemlos darauf einigen, die Reichen nicht mit zusätzlichen Steuern zu belasten.

**Der lange Lulatsch:** Ja. Es ist ein Elend. Würden die Wahlprogramme von SPD, Grüne und Linke jeweils umgesetzt, so wäre ein Ehepaar mit zwei Kindern in den unteren Einkommensschichten deutlich besser gestellt. Diesem stünden bei einem Brutto-Einkommen von 40.000 Euro jährlich rund 3.300, 4.000 oder sogar 5.100 Euro mehr zur Verfügung. Finanziert würde dies über höhere Steuern für Spitzenverdiener\*innen. Bei FDP und Union wären es nur rund 900 Euro. Ein Ehepaar mit zwei Kindern erhielte hier bei einem beispielhaften Brutto-Einkommen von 300.000 Euro aber ein finanzielles Plus von 11.000 bis 18.000 Euro.

**Die Dicke:** Im Wahlergebnis wird sich das nicht ausdrücken.

**Der lange Lulatsch:** Dabei hätte es große Auswirkungen auf die Ungleichheit. So würde der sogenannte Gini-Koeffizient bei Umsetzung des Programms der Linken mit knapp -15 Prozent im Vergleich zum Status quo am deutlichsten sinken, gefolgt von Grünen mit -6,5 Prozent und SPD, die für -4,3 Prozent sorgen würde. Würden jedoch die berechneten Vorschläge der FDP mit umgesetzt, stiege das Maß für Ungleichheit um 3,2 Prozent, bei den Unionsparteien um 1,6 Prozent. Dazu kommt: Die Wahlprogramme von FDP und CDU/CSU würden bei ihrer Umsetzung mit -88 Mrd. Euro bzw. -33 Mrd. Euro aufgrund von versprochenen Steuerreduktionen die größte Lücke in den Staatshaushalt reißen. Währenddessen würde der Staatshaushalt einen starken Überschuss von 37 Mrd. Euro bzw. 18 Mrd. Euro aufweisen, wenn die Linke bzw. Bündnis 90/Grünen ihre Beschlusslage umsetzen könnten. Im Programm der Linken liegt dies unter anderem an der Vermögenssteuer, die mit ein Prozent ab einer Million Euro startet und auf fünf Prozent ab 50 Millionen Euro Vermögen ansteigt, sowie an höheren Spitzensteuersätzen von bis zu 75 Prozent. Bei den Grünen trägt ebenfalls eine Vermögenssteuer zum Haushaltsüberschuss bei, diese beträgt allerdings nur ein Prozent und greift ab einem Vermögen von zwei Millionen Euro.

**Oma Lilo:** Wo hast du die Zahlen her?

**Der lange Lulatsch:** Die Süddeutsche hat dazu eine Analyse in Auf-

trag gegeben und „Die Anstalt“ vom Juli hat das in einem Sketch auf den Punkt gebracht.

**Die Dicke:** Vielleicht entscheidet ja aber die Klimafrage doch noch die Wahl zugunsten einer Mitte-Links-Mehrheit.

**Der Besserwisser:** „Deutschland. Alles ist drin.“ Jegliche Kritik wird bei diesem Programmlogan der Grünen ins antikritisch Positive aufgelöst. Alles, was es zu kritisieren gäbe, wird im Namen Deutschlands in einen erbarmungslosen Optimismus überführt. Nichts auch nur ansatzweise Negatives über die herrschenden Verhältnisse und die Herrschaft in diesem Land, keine Vorwürfe an die Regierenden in Berlin – stattdessen die hemmungslose Bereitschaft, alles Gute selbst in die Hand zu nehmen, um dieses wunderbare Deutschland noch besser zu machen, als es schon ist.

... **Schweigen** ...

**Klein Jonas:** Leider stehen die Besserwisser nicht zur Wahl. Ach – können sie ja auch nicht, denn: „*Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tuen!*“. Ich weiß, ich weiß. Nur mag ich nicht warten, bis ich Rost ansetze. Und die Erderwärmung wird sich auch nicht in Erwartung der Revolution selbst ausbremsen, oder?

**Die Dicke:** Jonas hat schon Recht. Geht's nicht überall darum, Möglichkeitsräume zu öffnen? Und gibt es nicht dafür auch unterschiedliche Bedingungen unter bürgerlicher Herrschaft? Ich denke ja.

**Der Besserwisser:** Du hast ja früher auch SPD gewählt.

**Oma Lilo:** Ach Kinder. Wir wissen doch: Die Grünen haben Deutschland in den ersten Kriegseinsatz nach 1945 geführt, die SPD ist für Hartz IV verantwortlich, die CDU hat die Wehrpflicht abgeschafft und den AKW-Ausstieg herbeigeführt. Wer bekommt wohl leichter bis 2030 einen Kohleausstieg hin: Die Grünen oder die CDU?

**Der lange Lulatsch:** Naja. Das Problem ist doch, dass es kein großes gesellschaftliches Bündnis für Klimagerechtigkeit gibt. Klar: Kleine Schritte sind positiv, wenn sie die sozialen Bewegungen stärken, und sie ermutigen voranzuschreiten. Allerdings ist es doch illusorisch, die kapitalistische Produktionsweise mit einer Strategie der kleinen Schritte überwinden zu wollen. Und vor allen Dingen: Es gibt aktuell im Weltmaßstab nirgendwo Bewegungen, von denen gesagt werden könnte: „*Ein Gespenst geht um ...*“. Fridays for future war bisher – unterm Strich – nicht viel mehr als ein Halloween-Streich. Wobei sich gezeigt hat, wie schreckhaft die herrschenden Klassen vielerorts sind.

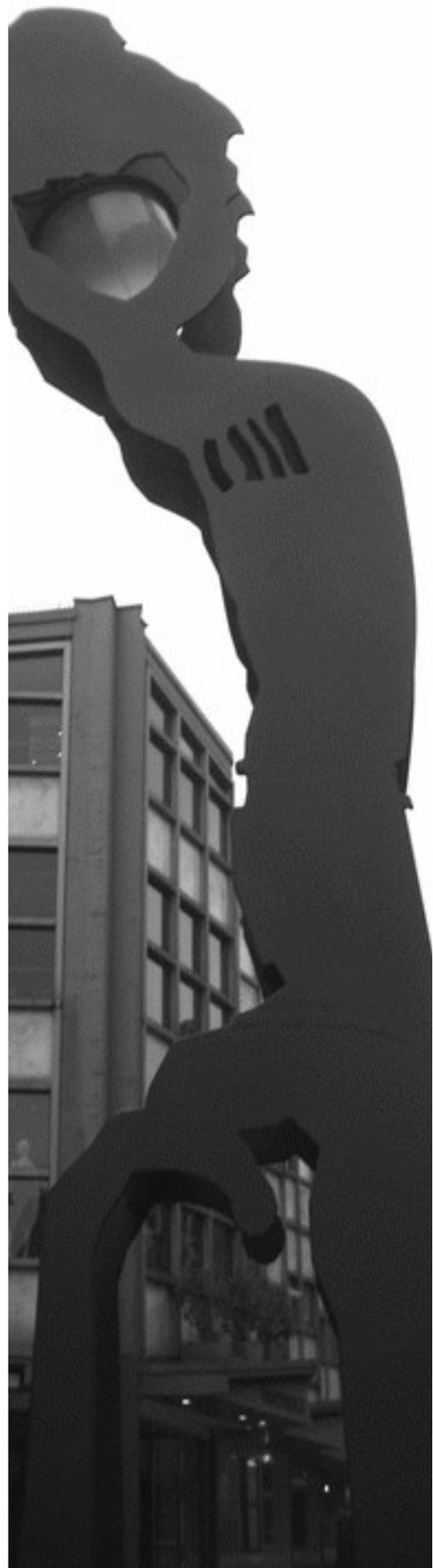
**Klein Jonas:** Ich denke, ein Transformationsprozess – wie ihr sagt – besteht auch darin, dass wir mit ständiger Kritik das einfordern, was wirklich erforderlich ist. Da dürfen wir nicht nachlassen, egal wer gerade in Deutschland die Bundesregierung stellt.

**Die Dicke:** Okay. Jetzt aber eure Tipps ...

**Klein Jonas:** Irgendwie scheint ja doch noch nicht alles entschieden, Bei CDU SPD und Grünen geht's in den Prognosen ja immer noch rauf und runter.

**Oma Lilo:** Naja, vielleicht gibt's am Wahlabend eine Überraschung – und Scholz muss begründen, warum Rot-Grün-Rot nun so gar nicht geht

**Der Besserwisser:** Es wird schon reichen für schwarz-grün. Mein Tipp im übrigen: Bayern vor Dortmund und Leipzig.





Protestkundgebung von 70 Celler\*innen vergeblich

## Abschiebung nach Afghanistan

Als Anfang Juni die Abschiebung eines jungen Mannes aus Celle drohte, hatte die Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) kurzfristig zu einer Protestkundgebung vor dem Neuen Rathaus aufgerufen.

Für den Niedersächsischen Flüchtlingsrat war Sebastian Rose vor Ort, der gegenüber der Presse deutlich machte, dass dieser sich dafür einsetzt, alle Abschiebungen in das bürgerkriegsgebeutelte Land zu stoppen. Auf Kritik stöße beim Flüchtlingsrat auch die Rechtfertigung der jetzt geplanten Abschiebungen. Laut Erlasslage kämen für eine Abschiebung gegenwärtig nur Straftäter in Frage, die schwere Straftaten wie z.B. Mord, Totschlag, räuberische Erpressung, nicht unerhebliche Betäubungsmitteldelikte oder Sexualstraftaten begangen hätten. Soweit ihm bekannt sei, wurde der junge Mann aus Celle nicht einmal verurteilt. Gegen ihn wurde lediglich als sogenanntes Zuchtmittel nach dem Jugendstrafrecht ein zweiwöchiger Dauerarrest angeordnet. Andere Verfahren wurden mit einer „Verwarnung“ abgegolten oder eingestellt. Es stelle sich die Frage, was nach Auffassung des Innenministers die Kriterien für eine „schwere Straftat“ sind.

Ute Labudde, die als ehrenamtliche Flüchtlingshelferin bis heute Kontakt zu Mojtaba H. hat, berichtete, dass seine Familie schon in den Iran geflüchtet sei, als er noch ein Kind war. Seine Mutter und seine Schwester würden inzwischen in der Türkei leben, in Afghanistan habe er keinerlei Kontakte.

Nicht erst seitdem sich die Lage in Afghanistan in den vergangenen Wochen weiter verschärft habe, würden Verwaltungsgerichte, so Sebastian Rose, davon ausgehen, dass es selbst für junge, gesunde Männer in ihrem Herkunftsland kaum Überlebenschancen gebe, weil man ihnen wegen ihres Aufenthalts in Europa z.B. Verrat vorwerfe.

Für die Initiative LIST stellte Reinhard Rohde in seinem Redebeitrag die Frage, welchem Kalkül die Stadt Celle und der Innenminister folgen würden: „*Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund für die bevorstehenden Abschiebungen. Geht es vielleicht darum zu zeigen, dass es die AfD nicht braucht zur Umsetzung einer unmenschlichen Abschiebep Praxis? Das wäre einfach nur beschämend.*“ Er forderte die Teilnehmenden auf, ihnen bekannten SPD-Mitgliedern auf die Entscheidung von Innenminister Pistorius aufmerksam zu machen und persönlich zu intervenieren.

Im Rahmen der Kundgebung berichtete Helga Habeck, die sich seit Jahrzehnten in Celle ehrenamtlich als Betreuerin von Geflüchteten engagiert, dass in der vergangenen Woche eine 38-jährige Romni in einer Nacht- und Nebelaktion mit ihrem 6-jährigen, behinderten Kind nach Serbien abgeschoben worden sei. Dazu mehr auf der nächsten Seite.

Nachdem die Abschiebung am Folgetag vollzogen wurde Cornelia Döllermann-Nölting für LIST: „*Leider konnten wir mit unserem Protest die Abschiebung von Mojtaba H. nicht verhindern. Er wurde in ein ihm unbekanntes Land abgeschoben, in dem er keinerlei Kontakte hat. Das erfüllt uns mit Bitterkeit, für ihn ist es eine Katastrophe.*“

Abschiebungen in ein vom Krieg völlig zerrüttetes Land müssten sofort beendet werden. Döllermann-Nölting: „*Wir erwarten, dass der niedersächsische Landtag aber auch der Celler Stadtrat sich zu diesem Akt der Inhumanität erklären.*“

\*\*\*

Die taz berichtete am 20.07.2021 unter dem Titel „Sechsjährige mit Behinderung abgeschoben“ (online unter: <https://taz.de/Sechsjaehrige-Romni-mit-Behinderung/!5781738/>)

## Flüchtlingsrat fordert Rückkehr der Familie

Flüchtlingsrat Niedersachsen, Roma Center e.V. und der AK Asyl und Migration Celle haben in einer gemeinsamen Erklärung die Abschiebung einer alleinerziehenden Romni mit ihrer schwer behinderten sechsjährigen Tochter nach Serbien scharf kritisiert:

Die Stadt Celle und die Abschiebebeamt\*innen rücken für die Abschiebung Ende Juni nachts gegen 1.30 Uhr in der Wohnung von Mutter und Tochter an. Das 2015 in Celle geborene Mädchen leidet unter einer schweren Hörminderung mit verbundener Spracherwerbsstörung, einer Mikrozephalie und einer Hüftdysplasie. Das Landessozialamt hatte deswegen bei ihr einen Grad der Behinderung von 90 Prozent festgestellt. Das Celler Jugendamt war für das Mädchen seit mehreren Jahren zur Unterstützung der Mutter als Ergänzungspflegerin für den Bereich der Gesundheitsfürsorge eingesetzt. Erst kürzlich waren dem Jugendamt vom Amtsgericht Celle weitere Aufgabenbereiche für das Kind übertragen worden.

Dazu Helga Habekost, AK Asyl und Migration Celle:

*„Wie kann es sein, dass niedersächsische Behörden mit solch kühler Härte eine besonders schutzbedürftige Romni mit ihrer schwer behinderten Tochter abschieben – noch dazu mitten in der Nacht –, während zeitgleich bei den Aktionswochen Vielfalt im Landkreis Celle mehrfach Veranstaltungen zum Antiziganismus organisiert wurden und die Wichtigkeit des Themas allerorten bekundet wird? Das Mädchen wurde nicht ohne Grund seit mehreren Jahren durch das Celler Jugendamt und die Caritas-Familienhilfe unterstützt, um die Rechte des Kindes zu wahren. Gab es hier ein vernetztes Versagen von Jugendamt, Familienhelferin, Gutachterin und Justiz? Es macht uns wütend und betroffen, dass die Ausländerbehörde der Stadt Celle trotz eines berechtigten Härtefallantrages weiterhin die Abschiebung betrieben hat. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Entscheidung des noch ausstehenden Asyl-Gerichtsverfahrens und der Härtefallkommission abzuwarten.“*

Seit sechseinhalb Jahren kümmern sich zahllose Menschen und Institutionen in Celle und weiteren Orten Niedersachsens um das 2015 in Celle geborene Kind, um ihm trotz der schweren Behinderung eine gute Gesundheitsversorgung und Bildungsteilhabe zu ermöglichen. Die Mutter des Kindes war zuvor vor schwerer physischer und psychischer Gewalt aus Serbien nach Niedersachsen geflüchtet. Das Mädchen wurde zuletzt in einem Förderkindergarten spezifisch unterrichtet und sollte anschließend entweder vom Jugendamt in eine heilpädagogische Einrichtung für Hörgeschädigte überführt werden oder eine Sprachheilschule besuchen. Mitte Juni hatte eine Unterstützerin einen Härtefallantrag für die Familie gestellt, damit sich die niedersächsische Härtefallkom-

mission mit der besonderen humanitären Situation der Familie befassen kann.

Dazu Sebastian Rose, Flüchtlingsrat Niedersachsen:

*„Die Celler Behörden [...] nehmen [...] eine schwere Kindeswohlgefährdung des Celler Mädchens nach der Abschiebung nach Serbien billigend in Kauf. Roma sind in Serbien in allen Bereichen des Lebens benachteiligt und müssen vielfach in slumähnlichen Quartieren leben. Das Mädchen wird dort keine ausreichend kindgerechte Entwicklungschance haben. Nicht umsonst hat das Celler Amtsgericht vor mehreren Jahren eine Ergänzungspflegschaft durch das Jugendamt angeordnet, um die Mutter zu unterstützen. Wir fordern die sofortige Rückholung der kleinen Familie nach Celle, damit sich Mutter und Kind weiter so entwickeln können, wie es menschenrechtlich geboten ist! In Serbien droht ihnen baldige Verelendung.“*

Die Mutter des Kindes war selbst in psychiatrischer Behandlung. Noch einen Tag vor der nächtlichen Abschiebung befand sie sich in Behandlung bei der Celler Psychiatrischen Institutsambulanz, ohne vom Abschiebetermin zu wissen. Es besteht der Verdacht einer posttraumatischen Belastungsstörung. Die Celler Fachklinik überwies die Patientin zur weiteren Abklärung (mit Sprachmittler:in) an die Warendorffschen Kliniken Hannover, wo bald die weitere Behandlung erfolgen sollte.

Roma Center e.V. äußerte sich wie folgt:

*„Während bundesweit über das Ausmaß des Antiziganismus in Deutschland gesprochen wird, schieben niedersächsische Behörden erneut zwei besonders schutzbedürftige Romnja ins Elend ab. Erst vor wenigen Wochen hat die Unabhängige Kommission Antiziganismus, die von der Bundesregierung 2019 eingesetzt worden ist, ihre umfassenden Empfehlungen der Bundesregierung übergeben, die im Bundestag und in der Bundespresskonferenz vorgestellt worden sind. Die Fälle des Roma Center/ Roma Antidiscrimination Networks sind in den Bericht der Kommission eingeflossen. Die Kommission fordert einen Abschiebestopp und ein Bleiberecht für Roma.“*

Flüchtlingsrat Niedersachsen, AK Asyl und Migration Celle sowie das Roma Center fordern die Rückkehr der Familie und schließen sich der Forderung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus nach einem vollständigen Abschiebestopp für Roma an.

Dieser Forderung haben sich die Kompetenzstelle gegen Antiziganismus / Bildungsprojekt der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten angeschlossen.

## Rassismus mit gewaltförmigen Praktiken

Am 30. Juni 2021 haben Celler Behörden das schwerbehinderte 6-jährige Celler Mädchen Anastasija mit ihrer Mutter (siehe Foto) nach Serbien abgeschoben, obwohl das Jugendamt seit Jahren für die Gesundheitsfürsorge des Kindes verantwortlich ist. Die Abschiebung der alleinerziehenden Romni und Tochter haben Roma Center e.V., der AK Asyl und Migration Celle und der Flüchtlingsrat Niedersachsen in einer gemeinsamen Pressemitteilung kritisiert und die Rückholung der Familie gefordert. Auch die Kompetenzstelle gegen Antiziganismus (KogA) der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten hat zu der Abschiebung Stellung genommen:

*„Der aktuelle Fall in Celle beinhaltet das, was wir meinen, wenn wir von Antiziganismus als einem historisch hergestellten, sich in den Formen verändernden, gesellschaftlich etablierten Rassismus mit gewaltförmigen Praktiken sprechen.“*

Für die Kompetenzstelle gegen Antiziganismus ist das Vorgehen „in vielfältiger Weise unerträglich“:

„1. Es bestätigt die fehlende Sensibilität und das fehlende Bewusstsein für das Thema Antiziganismus.

2. Wir arbeiten seit Jahren zum Thema Antiziganismus und das mit bundesweiter Ausstrahlung. Nach einer Auftaktveranstaltung sind wir aktuell in der Anbahnung von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter\_innen in Celler Behörden. Erst kürzlich waren wir im Rahmen der „Aktionswochen Vielfalt“ des Landkreises Celle mit Veranstaltungen aktiv. Diese Abschiebung in dieser Zeit und an diesem Ort empfinden wir als Affront und als ignorant.“

3. Erst kürzlich hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den Europäischen Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma verliehen bekommen. In ihrer Dankesrede sprach sie von der schwierigen, diskriminierenden Situation für Rom\_nja in den Westbalkanländern. Die fehlende Gleichberechtigung und den Antiziganismus bezeichnete sie als „Schande für unser Land“. Sie betonte, dass wir alle Antiziganismus entgegenwirken müssen. Das „wir“ meint hier nicht nur individuelles oder privates Handeln, sondern antiziganismuskritisches Handeln von beruflichen Akteur\_innen, Institutionen und Organisationen.

4. Es ist unmenschlich, wenn die 2015 in Celle geborene und schwer behinderte Romni nach Serbien abgeschoben wird. Ein Land, in dem Rom\_nja in vielfältiger Hinsicht benachteiligt werden. Die Chancen für eine entsprechende medizinische Versorgung sowie eine angemessene Förderung der Entwicklung stehen für das sechsjährige Mädchen sehr schlecht.

5. Das Vorgehen der Celler Behörde ist auch ein Affront gegen den gerade veröffentlichten Bericht der Un-



abhängigen Kommission Antiziganismus (UKA), die damit einhergehende Diskussion im Bundestag und die gemeinsame Erklärung von Bundesinnenministers Horst Seehofer und dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose.“

Diese Abschiebung hätte niemals stattfinden dürfen, erst recht nicht, wenn man sich mit dem Fall der alleinerziehenden Mutter und ihrer Tochter näher beschäftigt:

*„Anastasia wurde 2015 in Celle geboren. Sie ist das Produkt einer Vergewaltigung, hat die Mutter einer ehrenamtlichen Betreuerin erzählt. Das zierliche und kränkliche Mädchen kam mit einer schweren Hörmindering, einer Mikrozephalie und Hüftdysplasie zur Welt. Aufgrund der Schwerhörigkeit ist auch ihr Spracherwerb gestört. Praktisch von Anfang an war das Jugendamt und später auch eine Familienhelferin der Caritas mit ihr befasst. Die Mutter ist Analphabetin, durfte als Romni nicht zur Schule gehen, ist darüber hinaus psychisch schwer belastet, vor massiven Gewalterfahrungen geflohen.“ (Abschiebung trotz Härtefallantrag, in: taz vom 21. Juli 2021)*

Wie auch der Flüchtlingsrat, das Roma-Center und der AK Asyl und Migration Celle fordert die Kompetenzstelle gegen Antiziganismus „die Rückkehr bzw. Rückholung der Familie sowie den sofortigen und vollständigen Abschiebestopp von Rom\_nja. Wir appellieren an die Stadt Celle und das Land Niedersachsen, im konkreten Fall aktiv zu werden.“

## AKH – finanzpolitische Beatmung durch Landkreis

Dass Allgemeine Krankenhaus (AKH) liegt in finanzieller Hinsicht auf der Intensivstation. Zuletzt musste es – um im Bild zu bleiben – künstlich beatmet werden: mit einem 70-Millionen-Kredit durch den Landkreis.

Wofür braucht es das Geld? Für Investitionen in den Bereichen Bau, medizintechnische Infrastruktur und Digitalisierung. Begründet wird dies mit dem Alter der vorhandenen Gebäudestruktur. Zudem sollen die Neubauten die Energie- und Unterhaltungskosten senken, sowie durch eine Umstrukturierung einen effizienteren Personaleinsatz ermöglichen. Gebaut werden soll zunächst im Westen der Klinik hinter dem Verwaltungstrakt.

Ab 2027 werden so „Einspareffekte“ von rund zwei Millionen Euro erwartet. Ein weiterer Zweck soll bei einem auf etwa 550 Betten (bisher 615) reduzierten Volumen die Schaffung von ausschließlich Ein- oder Zweibettzimmern sein.

Allein die Baukosten hierfür belaufen sich auf rund 91 Millionen. Dazu kommen Investitionen in neue Medizintechnik in Höhe von rund 30 und in die EDV-Ausstattung in Höhe von 10 Millionen. Die Gesamtkosten werden mit 145.653.000 Euro prognostiziert.

Abgesehen von der Rettungsaktion der Ende 2019 vor der Insolvenz stehenden AKH-Gruppe hat der Landkreis Celle sich bisher finanziell nicht am Krankenhaus beteiligen müssen. Denn eigentlich ist die Sicherstellung der Krankenhausversorgung Ländersache. (Die laufenden

Kosten müssen sich über die Krankenkassen finanzieren.) Aber das Land Niedersachsen (mit SPD/CDU-Regierung) kommt dieser Aufgabe nur unzureichend nach. Es will sich gerade einmal mit 35 % oder knapp 54 Millionen Euro beteiligen.

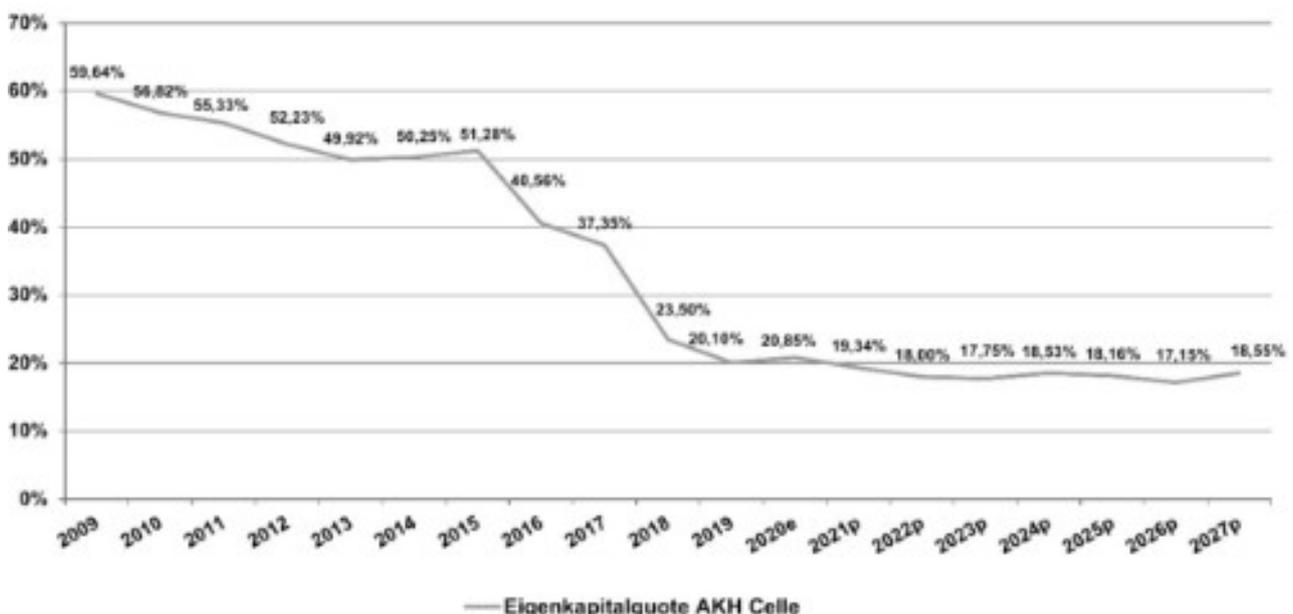
Auch schon in der Vergangenheit waren die Krankenhäuser deshalb gefragt, Investitionen aus ihren Überschüssen zu finanzieren. Und genau da klemmt's beim AKH. Und nicht nur da. Den Kredit des Landkreises braucht es, weil die AKH-Gruppe offensichtlich Banken nicht mehr als kreditwürdig gilt, d.h. sie daher kein Geld bekommt.

Die wichtigste Kennzahl zur Beurteilung der Vermögenslage eines Krankenhauses ist die sogenannte Eigenkapitalquote, die das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme abbildet. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto geringer ist das Risiko einer Überschuldung und damit verbunden einer Insolvenz. Oder anders gesagt: Die Möglichkeit, bei einer hohen Eigenkapitalquote aus eigenen Mitteln Investitionen zu tätigen, führt zu einer größeren Unabhängigkeit von Fremdkapitalgebern.

Bei der AKH-Gruppe ist diese Eigenkapitalquote in den letzten zehn Jahren von fast 60 % auf nur noch 20 % gesunken (der Durchschnitt bei Krankenhäusern in freigemeinnütziger Trägerschaft lag 2019 bei knapp 30 %).

Eine nachvollziehbare Analyse dieser Entwicklung gibt es für die Öffentlichkeit nicht. Wir mutmaßen, dass

### Entwicklung Eigenkapital AKH Celle 2009 – 2027 (Stand: 30.04.2021)



das noch von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete (und inzwischen breit kritisierte) Fallpauschalengesetz eine Wirkung zeigt, die die privaten Kliniken begünstigt, aber Kliniken wie das AKH einem problematischen Wettbewerb ausgesetzt hat. Misswirtschaft unter dem vorherigen Vorstand und unzureichende Kontrolle durch den Aufsichtsrat kommen sicher hinzu.

Zurück zum Verhältnis von Landkreis und AKH: Der Kreistag hat Anfang Juni dem 70 Millionen-Kredit zugestimmt (dagegen waren B'90/Die Grünen, Behiye Uca von Die Linke hat sich enthalten). Vereinbarung ist einer Tilgungsdauer von 40 Jahren zzgl. Zinsen zur Verfügung. Sollte das klappen, hätte der Landkreis angesichts der geringeren Zinsen, die er selbst zahlt, sogar einen finanziellen Vorteil: Aber: Was ist, wenn die AKH-Gruppe Tilgung und Zinsen nicht aufbringt?

Zumal: Außerhalb des aktuellen Finanzierungsrahmens stehen aus Sicht des AKH weitere Investitionen an für den Bau eines neuen Parkdecks, für den Neubau eines Schulgebäudes, für den Bau bzw. die Sanierung der Küche sowie die Kosten für die Bauabschnitte – beziffert aktuell mit gut 20 Millionen Euro.

Aus unserer Sicht kann sich der Landkreis das alles aktuell „leisten“. Er ist zwar einer der am höchsten verschuldeten Landkreise Niedersachsens. Aber er steckt anders als die Stadt nicht „knietief im Dispo“.

Trotzdem fordert diese Situation eine Diskussion über die Zukunft des Allgemeinen Krankenhauses heraus, auf die die Gewerkschaft verdi, aber auch Die Linke drängen.

Stellungnahmen zur Situation des AKH von SPD, V'90/Die Grünen und Die Linke findet ihr übrigens auf Seite 8.

\*\*\*

Der AKH-Betriebsrat nahm übrigens Stellung zur Berichterstattung in der CZ, die den Einruck vermittelte, der Betriebsrat habe die "Maßnahme mitgetragen" (4.8.2021) bzw. "mitgespielt" (5.8.2021). Dazu der BR:

*„[...] Der Betriebsrat war von Anfang an gegen eine Ausgliederung oder Fremdvergabe! [...] Die Entscheidung zur Ausgliederung eines Betriebes oder Betriebsteiles liegt alleine beim Unternehmer / Arbeitgeber und ist weder vom BR, einer Gewerkschaft oder den Beschäftigten aufzuhalten. [...] Die Mitbestimmung des BR besteht in einem solchen Fall [...] also nur bei dem "Wie", jedoch nicht beim "Ob". [...] Und genau das hat der BR im Rahmen seiner begrenzten rechtlichen Möglichkeiten bei der Verhandlung zum Sozialplan gemacht. In zähen und schwierigen Verhandlungen hat der BR eine komplette Ausgliederung an externe Dienstleister und damit den Verlust von über 200 Arbeitsplätzen in der AKH Gruppe verhindert. Die Anwendung von Tarifverträgen sowie eine Abmilderung der Lohnabsenkungen über fünf Jahre wurde durchgesetzt. Halten wir fest: Die Verantwortung für die grundsätzlichen Verschlechterungen liegt alleine beim Arbeitgeber! [...]“*

## ver.di: Ein vergifteter Kredit

Der ver.di – Ortsverein mischte sich im Juni in die Diskussion ein mit der Erwartung eines überzeugenden Bekenntnisses des Kreistags zur öffentlichen und möglichst kommunalen Trägerschaft des AKH.

Der Landkreis leihe der Stiftung AKH zwar die Summe vom 70 Millionen Euro. Aber er habe eine Ausstiegsklausel vereinbart mit fristloser Kündigung der Ausleihung für den Fall, dass das AKH mit der Zahlung der vereinbarten Zins- und Tilgungsleistung ganz oder teilweise in Verzug gerät. *„Das ist das Gegenteil eines überzeugenden Bekenntnisses zu diesem Krankenhaus.“*

Die Befürchtung von ver.di ist, dass, wenn die Baukosten explodieren und die AKH–Stiftung zahlungsunfähig wäre, das AKH nach einer Grundsanierung für einen symbolischen Preis an eine private Krankenkette verkauft wird.

Dagegen schlägt ver.di vor, das AKH in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft zu überführen. Faktisch würde das AKH durch die Kreditzusicherung ja bereits jetzt zu einem Kreiskrankenhaus; die Argumente dafür:

*„Neben beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht und einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer setzt sich der Aufsichtsrat ausschließlich aus Kreistagsabgeordneten des Landkreises Celle zusammen. Die maßgeblichen Entscheidungen werden also bereits von Mitgliedern des Kreistages getroffen. Und wirtschaftlich wird die Stiftung AKH durch die Kredite vom Landkreis abhängig. Deshalb sollte auch formal-juristisch unser AKH ein Kreiskrankenhaus werden. Wenn dazu eine geordnete Insolvenz der Stiftung Allgemeines Krankenhaus Celle notwendig ist, dann sollte dieser Schritt emotionslos und ohne Schuldzuweisungen gegangen werden. Für die Beschäftigten des Krankenhauses würde das eine belastende Hängepartie beenden.“*

Zum Verständnis vielleicht noch folgende Ergänzung: In der bundesdeutschen Krankenhauslandschaft gibt es drei Träger-Modelle: privat, öffentlich-rechtlich oder wie in Celle in Form einer Stiftung. Formal hat der Kreistag und der Stadtrat keinerlei Einfluss auf die Geschicke der AKH-Gruppe; das könnte sich bei einem Übergang in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft ändern.

Behiye Uca (Die Linke) hat in ihrer Kreistagsrede darauf hingewiesen, dass sie für den Fall einer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft auch eine paritätische Beteiligung der Beschäftigten im Aufsichtsrat für sinnvoll hält: *„Wer einen Neustart will, muss sich meines Erachtens auch mit der Rolle des Aufsichtsrates beschäftigen. Bisher gibt es kein einziges Wort der Selbstkritik. Ich bin der festen Überzeugung, dass da mehr Kompetenz aus den Reihen der Beschäftigten hineingehört. Wahrscheinlich hätten einige Fehler der Vergangenheit so vermieden werden können.“*

## Die 100 Millionen Euro Reinigungskraft

Artikel 12 unseres Grundgesetzes garantiert die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Diese Wahlfreiheit sollte wohl auch gegeben sein zwischen den Arbeitgebern Allgemeines Krankenhaus Celle, Stiftung bürgerlichen Rechts, einerseits und den Tochtergesellschaften Catering GmbH und Facility GmbH andererseits.

Bei der Ausgliederung der Wirtschafts- und Versorgungsdienste aus dem AKH gab es die „freie Wahl“ für die Mitarbeiter\*innen: Entweder den Arbeitsvertrag mit der Tochtergesellschaft unterschreiben oder eine fristgerechte Kündigung. Bisher wurde nicht geklärt, ob hier ein Verstoß gegen Regelungen zum Betriebsübergang vorliegt. Jedenfalls waren mehr als 20 Beschäftigte des AKH nicht bereit, die gleiche Arbeit für weniger Gehalt zu machen und erhielten die Kündigung.

Für Einige stellte sich dann heraus, dass es auch mit der fristgerechten Kündigung nicht weit her war. Denn während der Kündigungsfrist stellte das AKH überraschend alle Zahlungen ein; sowohl das Gehalt wie auch die Sozialversicherungsbeiträge wurden einbehalten. Es drohte der Verlust des Krankenversicherungsschutzes. Erwartungsgemäß wurde das AKH vom Arbeitsgericht zur Zahlung verurteilt. Ein Kommentar während der Verhandlung: *„Auch die kleinste Klitsche muss während der Kündigungsfrist ihren Verpflichtungen nachkommen; also auch das AKH.“*

Bemerkenswert die Begründung des Arbeitgebers für sein Handeln: Die Verweigerung des Arbeitgeberwechsels durch die Beschäftigten sei böswillig. Dem schloss sich das Gericht nicht an. Kommentar: *„Böswillig ist die Bedrohung des Arbeitgebers mit einem Baseballschläger; nicht aber die Ablehnung eines Arbeitsangebotes bei einem anderen Arbeitgeber.“*

Inzwischen zeichnet sich ab, dass einige der Kündigungsschutzklagen ihre Fortsetzung vor dem Landesarbeitsgericht in Hannover erfahren werden. Das AKH scheut keine Kosten und Mühen, seine langjährigen Mitarbeiter\*innen loszuwerden.

Während zum 1. Januar 2021 Beschäftigte des Transportdienstes gekündigt wurden, setzte das Krankenhaus in diesem Bereich Bundeswehrsoldaten ein, um den Betrieb noch am Laufen zu halten. Begründet wurde dies mit der COVID-Pandemie. Allerdings hatten die Soldaten damit nichts zu tun, denn selbstverständlich werden hochinfektiöse Patient\*innen fast nie im Krankenhaus transportiert. Trotzdem wurde der Einsatz von führenden Politikern der großen Parteien verteidigt. Aus dem Krankenhaus war zu hören, dass auch für die Soldaten der Einsatz nicht leicht war, denn sie wurden von den Krankenhausbeschäftigten durchaus als Ersatz für beliebte Kolleg\*innen wahrgenommen, sozusagen als Kündigungshelfer. Und aus dem ärztlichen Dienst gab es Meldungen, dass sich Transporte verzögerten. Denn die mehr als dreißigjährige Erfahrung in der Organisation von Transporten im Krankenhaus ließ sich nicht so schnell ersetzen.

Die Ursache all dieser widersprüchlichen Handlungen ist die Finanzkrise des AKH, die im Herbst 2018 nach dem Vorstandswechsel von Stephan Judick zu Martin Windmann öffentlich wurde. Die Ursachen wurden nicht aufgeklärt, jedenfalls nicht transparent gemacht. Und es gibt auch keine Regressforderungen an den angeblich Hauptverantwortlichen. Bei unterschiedlicher Größenordnung zeigt die Aufarbeitung des Diesel-Skandals bei VW, dass es auch anders geht. Der frühere Konzernchef Martin Winterkorn zahlt 11,2 Millionen Euro Schadenersatz an VW. Darf der Aufsichtsrat des AKH auf Schadenersatz verzichten, wenn er Managementfehler als Ursache des Schadens annehmen muss? Es geht ja nicht um das Geld des Aufsichtsrates, sondern um das Vermögen des Krankenhauses, für das der Aufsichtsrat die Verantwortung trägt.

Womit müssen nun die ausgegliederten Mitarbeiter\*innen der sogenannten Tertiärbereiche als Opfer der Finanzkrise rechnen? Das wurde im letzten veröffentlichten Jahresabschluss 2019 des AKH erklärt: *„Betriebsrat und Vorstand haben sich am 07.05.2020 auf ein Vor-*



Fotos: Jürgen Elendt

gehen (für) das AKH Celle geeinigt. Dieses sieht die stufenweise Absenkung der Gehälter bis zum 31.12.2025 auf ein neues Tarifniveau vor (pro Jahr max. 8 Prozent).“

Es gibt keinen Hinweis, dass auch für Betriebsräte und Vorstände jährliche Gehaltsabsenkungen von acht Prozent vereinbart wurden, also 40 % in fünf Jahren. Solche Grausamkeiten mutet man nur anderen zu.

Die Begründung des Arbeitgebers für sein Tun: Er könne die Mitarbeiter\*innen nicht nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlen, weil dies durch das Fallpauschalensystem der Krankenhausfinanzierung nicht refinanziert sei. Das wäre noch zu beweisen. Wäre das aber so, dann ist ja wohl das Fallpauschalensystem falsch. Wie kann es sein, dass die Auftragsvergabe der Öffentlichen Hand von der Tariftreue der Leistungsanbieter abhängig gemacht werden soll, wenn gleichzeitig ein Krankenhaus in öffentlicher Trägerschaft seine Beschäftigten nicht mehr tarifgerecht vergüten kann?

Beim Stichwort „Auftragsvergabe“ denken wir sofort an die aktuellen Baupläne des AKH. Gebaut werden soll für rund 150 Millionen Euro und dafür sollen Kredite von rund 100 Millionen Euro aufgenommen werden. Da die zuletzt veröffentlichten Jahresabschlüsse rote Zahlen aufweisen, müssen diese Kreditsummen wohl durch die Einsparungen bei der Reinigung erwirtschaftet werden.

Und damit kommen wir endlich zu unserem Preisrätself, bei dem wir mit vereinfachten, gerundeten Zahlen eine Berechnung ausführen wollen. Das AKH nimmt Kredite in Höhe von 100.000.000 Euro zum Zinssatz von null Prozent auf. Eine Reinigungskraft in Vollzeitbeschäftigung verdient gemäß TVöD 2.200 Euro brutto im Monat. Wieviel verdient sie, wenn sie auf 40% ihres Monatsgehaltes verzichten muss? Wie lange muss die Reinigungskraft auf 40% ihres Gehalts verzichten, damit das AKH seine Kredite zurückzahlen kann?

Für die zehn ersten richtigen Einsendungen gibt es einen nagelneuen Rotstift.

\*\*\*

Die CZ berichtete, dass CDU, SPD und FDP hoffen, dass das Urteil vom Landesarbeitsgericht wieder einkassiert und zugunsten des AKH gedreht wird. Für die SPD begründete Maximilian Schmidt dies so: „Fakt ist: In den tertiären Bereichen gibt es nur für Dehoga-Tarife eine Refinanzierung, entsprechend sind wir gezwungen, diesen Weg zu gehen. Wer glaubt, er könne das AKH wirtschaftlich sanieren, ohne auch nur irgendeine einschneidende Maßnahme, der irrt und hat schlicht keine Ahnung oder ist mindestens naiv.“

Rechtfertigt das wirklich Lohnraub? Bestimmt gibt's auch Fallkonstellationen, bei denen das AKH die Kosten nicht refinanzieren kann. Werden die Patient\*innen deshalb nicht behandelt?



## ver.di Celle informiert Kampf hat sich gelohnt

Zum Jahreswechsel hatten mehr als 120 Beschäftigte des Allgemeinen Krankenhauses die „freie Wahl“: Entweder sie stimmten dem Wechsel in neue Tochtergesellschaften zu, um dort die gleiche Arbeit für weniger Geld zu machen, oder sie erhielten vom Arbeitgeber die Kündigung. Mehr als 20 Kolleg\*innen wehrten sich, wurden gekündigt und reichten beim Arbeitsgericht Celle Kündigungsschutzklage ein. Am 28. Juli 2021 wurden erste Urteile verkündet.

Weil die Auslagerung der Wirtschafts- und Versorgungsdienste rechtsmissbräuchlich war, gibt es keinen wirksamen Grund für eine Kündigung. Und ohne Kündigungsgrund gibt es keine Kündigung. Die Kolleg\*innen bleiben in gleicher Funktion und zu gleichen Bedingungen Arbeitnehmer\*innen des Allgemeinen Krankenhauses. Im Gegensatz zu den Tochtergesellschaften ist dies ein relativ sicherer Arbeitsplatz.

Etwa 100 Kolleg\*innen hatten dem Druck des Arbeitgebers nachgegeben und dem Wechsel zur Tochtergesellschaft zugestimmt. Wenn die Auslagerung Rechtsmissbrauch war, man könnte auch sagen Unrecht oder Schikane des Arbeitgebers; dann war der vom Arbeitgeber ausgeübte Druck zum Wechsel vielleicht auch Rechtsmissbrauch, Unrecht, Schikane, Erpressung oder auch Sittenwidrigkeit. Das müssten Gerichte entscheiden, wenn man ihnen durch Klage die Gelegenheit dazu gibt. Dazu braucht es Kläger\*innen.

Anlässlich der bevorstehenden Wahlen sollten sich die Politiker\*innen der großen alten Parteien mit Mehrheit im Aufsichtsrat des AKH diese Frage stellen: Werden Celler Bürgerinnen und Bürger Politiker\*innen und Parteien wählen, die aktiv Rechtsmissbrauch zum Nachteil der Krankenhausbeschäftigten begehnen?

Und der Betriebsrat des AKH, der das Auslagerungsverfahren mit dem Arbeitgeber ausgehandelt hatte, muss sich fragen, ob er diesen Weg gegen die Interessen der Beschäftigten weitergehen will oder ob er gemäß seinem Amt diejenigen unterstützt, denen Unrecht widerfahren ist.

Climate Watch Celle hat eine umfangreiche Stellungnahme zum Thema erarbeitet

## Wärmewende in Celle – bislang planlos!

Die Initiative Climate Watch Celle (CWC) hat im August eine umfangreiche Stellungnahme zum Thema „Wärmewende“ in ihr Web-Portal gestellt. Dabei wird auch die Situation in Stadt und Landkreis Celle auf den Prüfstand gestellt. Ergebnis: „bislang planlos!“

Worum geht es bei der Wärmewende? Derzeit werden laut Umweltbundesamt in Deutschland ca. 31% der Endenergie für Gebäudewärme und Klimatisierung verbraucht. Da dies größtenteils über fossiles Erdgas oder Kohle (Fernwärme) erfolgt, ist der Anteil an der Emission von Treibhausgas durch Gebäudewärme und Klimatisierung mindestens 16%. Die Bedeutung einer Wärmewende für das Ziel Klimaneutralität ist offensichtlich.

Das heißt: Gebäudewärme und Klimatisierung muss in Zukunft über erneuerbare Energien erfolgen. Da aber ja auch alle anderen Sektoren auf Erneuerbare umgestellt werden müssen, ist klar: Der Energieverbrauch für Wärme und Klimatisierung in den Gebäuden muss verglichen mit heute extrem gesenkt werden.

Technisch ist das erreichbar. Und zwar erstens durch optimale Isolierung aller unter 20 Jahre alten Häuser auf mindestens die Stufe „Effizienzhaus 40“ und aller älteren Gebäude auf „Effizienzhaus 55“; damit kann der Energieverbrauch durch Isolationsverluste auf ca. 1/3 bis 1/4 gesenkt werden. [Der Baustandard „Effizienzhaus“ gibt den Primärenergiebedarf im Vergleich zu einem Neubau nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) an, beim Effizienz-40 also bei 40 % oder Einsparungen von 60 %.]

Was aber haben die Kommunen damit zu tun? CWC beschreibt, dass die Energieagentur des Landes Niedersachsen (KEAN) die Kommunen dringend zur Erstellung von Wärmeplänen auffordere. 13 Kommunen in Niedersachsen hätten damit bereits begonnen. In Baden-Württemberg gibt es inzwischen ein Gesetz, das Wärmeplanung zur kommunalen Pflichtaufgabe macht. Dabei geht es um Ermittlungen zum Gebäudebestand und von Einsparpotenzialen des Energiebedarfs – sowie um eine Potenzialanalyse der erneuerbaren Energien und Nutzung von Abwärme. Im ersten Schritt müssen dann Untersuchungsgebiete entwickelt werden, um zum Beispiel geeignete Gebiete für Wärmenetze zu konkretisieren. Und es geht um die Erstellung eines Umsetzungsplans.

CWC erörtert, was rechtlich möglich ist – und stellt fest, dass Städte und Gemeinden über ihre Bebauungspläne sehr wohl hohe Energiestandards der Häuser durchsetzen können.

Celle hat diese Möglichkeiten in der Vergangenheit nicht genutzt, im Gegenteil: Es wurden Neubaugebiete für Einfamilienhäuser ausgewiesen, die bezüglich Nachhaltigkeit und Energieeffizienz die schlechteste Lösung

darstellen. Als Beispiel dafür, wie es auch gar nicht (mehr) geht, wird auf die geplante Bebauung der Allerinsel hingewiesen. Anstatt, wie ursprünglich vorgeschlagen, das Wohngebiet durch Nahfernwärme aus mitteltiefer Geothermie zu versorgen, wurde eine Entscheidung für ein Erdgas betriebenes BHKW getroffen.

Obwohl – auf ein gutes Referenzprojekt weist CWC hin: die kompakte Wohnlage von „Allerland (formerly known as WBG) an der Wittinger Straße. Die nach Energiestandard 55 gebaute Anlage besitzt Fußbodenheizung und wird über Wärmepumpen aus oberflächennaher Geothermie versorgt. Da die Häuser gleichzeitig PV-Anlagen besitzen, kommen sie ohne Erdgasanschluss und im Jahresdurchschnitt ohne externe Energiezufuhr aus.

CWC spricht sich für den Aufbau von Wärmenetzen aus, weil die Ausstattung mit Einzelheizanlagen energetisch und wirtschaftlich ineffizient sei. Dies müsse Straßenzug für Straßenzug, Quartier für Quartier umgesetzt werden. Eine Umsetzungsmöglichkeit wäre dann z.B., dass das Netz mit ca. 85 °C heißem Wasser aus mehreren im Netz verteilten Groß-Wärmepumpen versorgt wird und dann die Heiz- und Brauchwasserwärme über kleine kompakte Wärmeaustauscher in die Häuser eingespeist wird. Der Aufbau solcher Netze müsste idealerweise von den Stadtwerken übernommen werden.

Dieser für Celle fundamental neue Ansatz kann nur gelingen, wenn alle Bürger\*innen bei Sanierung und Neubau nicht nur kompetent und neutral beraten, sondern auch aktiv unterstützt werden – am besten durch ein Beratungsbüro der Stadt.

Die Stellungnahme findet sich auf:

<https://www.climate-watch-celle.de/>



In der Haesler-Siedlung Blumläger Feld wurde mit einem Fernwärmenetz geheizt – aber klar: fossil.

Foto: Axel Hindemith / Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0 de

## CDU tendiert zu Anarchismus

In der Stadt Celle besteht seit langen Jahren eine sog. Vegetationsschutzsatzung (VSS). Sie regelt, dass die Bürger\*innen auf ihren Grundstücken befindliche Bäume auf Antrag bei der Stadt schützen lassen können. Sind diese Bäume einmal geschützt, dürfen sie ggf. nur noch auf Antrag und aus besonderen Gründen entfernt werden. Zum Ausgleich dieser Einschränkung werden ihre Besitzer\*innen bei der Pflege dieser Bäume (z.B. Rückschnitt zur Verkehrssicherung, Entfernung toter Äste etc.) von der Stadt zu 50% bei den Kosten unterstützt. Nach dieser VSS sind bislang ca. 900 Bäume in der Stadt Celle geschützt.

Diese VSS erscheint jedoch angesichts des Klimawandels völlig ungenügend, bleiben doch mindestens 10000 schützenswerte Bäume im Stadtgebiet ungeschützt, darunter auch die im städtischen Besitz befindlichen Bäume. Das erleichtert u.a. Privatleuten und der Stadt die hemmungslose Umwandlung ihrer Grundstücke in Bauflächen. Müssten nämlich nach einer strengen Baumschutzsatzung (BSS) nach jeder Baumfällung wirklich Treibhausgas kompensierende Neupflanzungen oder Kompensationszahlungen geleistet werden, würde bei allen Bauvorhaben die Abholzung von Bäumen ein teurer Spaß und der Baumschutz bekäme bei jeder Bauplanung vorrangige Beachtung.

### Bäume als wirksame Maßnahme gegen die Folgen des Klimawandels

Gemessen an der Anzahl der Bäume ist die CO<sub>2</sub>-Bindung der Bäume im Celler Stadtgebiet verglichen mit den Waldflächen des Landkreises natürlich gering. Doch die Begrünung von Städten vor allem mit Laub-Bäumen kann die Temperaturen – im Unterschied zu Asphalt und Betonflächen – bis zu 15 °C senken kann. Denn durch ihre Verdunstung wirken Laubbäume als sehr effiziente Klimaanlage. Die letzten heißen Sommer zeigten ja auch in Celle, dass die baumlosen bzw. baumarmen Zonen der Alt- und Innenstadt zu wahren Brutöfen werden, während in den Bereichen mit Bäumen (Parks, Straßentränder, private Grundstücke) die Temperaturen noch erträglich blieben. Allein schon wegen dieses Beitrags zur Verbesserung des Mikroklimas ist jeder Baum in Celle schützenswert.

### Herbst 2020 – Antrag auf Baumschutzsatzung wieder vertagt

Nachdem es in den letzten Jahren immer wieder zu durch Bürgerinitiativen und auch F4F kritisierten Abholzungen gekommen war, fordern seit 2019 verschiedene Gruppierungen des Stadtrats (GRÜNE, SPD, unterstützt von BSG/Linke und später auch von Zukunft Celle) eine



echte Baumschutzsatzung zumindest nach Vorbild von Hannover oder nach Vorschlag des Deutschen Städtetags. Climate Watch Celle machte bereits damals in einer Stellungnahme darauf aufmerksam, dass eine den Umständen des Klimawandels entsprechende Baumschutzsatzung wesentlich strenger ausfallen müsse, als die von Hannover oder vom Städtetag. Im Frühjahr 2020 wurde dann im Umweltausschuss beschlossen, dass das Grün Amt der Stadt dazu eine vergleichendes Paper (bestehende VSS vs. Hannover bzw. Städtetag) vorlegen solle. Doch dazu kam es nicht, stattdessen fand mit ein paar Stadtratsmitgliedern und dem Chef des Grünflächenamts ein „Spaziergang zu den Bäumen Celles“ statt. Im Herbst 2020 wurde dann der Antrag auf

eine BSS im Ausschuss abgelehnt, stattdessen sollte das Grünflächenamt im Frühjahr einen Vorschlag für eine modifizierte VSS vorlegen.

### Wahltaktische Vorlage einer BSS im Mai 2021

Nachdem die CDU-Fraktion im Stadtrat bis dahin eine Baumschutzsatzung eindeutig ablehnte, kam wohl die Sorge auf, dass dies im Kommunalwahlkampf doch einige Stimmen kosten könne. Und so wurde die Verwaltung offenbar genötigt, nun doch eine BSS zu erstellen, die dann recht überraschend im Mai 2021 als kompletter Entwurf im Umweltausschuss (UA) vorgelegt wurde. Climate Watch Celle machte in einer erneuten, sehr detaillierten wissenschaftlich und juristisch wohlbegründeten Stellungnahme darauf aufmerksam, dass diese vorlegte BSS unter den Aspekten Schutz von Klima und Umwelt als auch Nachhaltigkeit fast wirkungslos sei. Trotzdem gingen die Befürworter\*innen einer strengen BSS ziemlich unvorbereitet in die UA-Sitzung, so dass die Aufforderung der Verwaltung konkrete Verbesse-

rungsvorschläge zu machen, in einem ziemlich wirren „Palaver“ endete. In der nächsten UA-Sitzung sollte dann eine die Ergebnisse dieser „Diskussion“ berücksichtigende Fassung der BSS vorgelegt werden.

## **Juli 2021 – Rechenkunststücke statt Argumente**

Anfang Juli wurde dann die BSS im UA in fast unveränderter Form vorgelegt. In dieser Sitzung des UA erklärte gleich vorab Heiko Gevers im Namen der CDU-Fraktion die Ablehnung der BSS. Einer der Hauptgründe sei die Belastung der Bürger\*innen, da im Unterschied zur VSS die finanzielle Unterstützung der Baumbesitzer\*innen durch die Stadt fehle. Und von solch einer Unterstützung mache seine Fraktion eine Zustimmung abhängig. Diese Forderung der CDU-Fraktion nach städtischer Unterstützung ist übrigens gar nicht so abwegig. Denn schließlich ist Klimaschutz eine Gemeinschaftsaufgabe. Und wenn Privatleute zum Wohle der Allgemeinheit Bäume vorhalten, warum sollten sie dann nicht auch durch die Allgemeinheit unterstützt werden? Doch Stadtbaurat Kinder schwang dagegen sofort die Kostenkeule und behauptete dreist, dass diese Unterstützung beim Schutz von ca. 10000 Bäumen durch eine BSS die Stadt 0,5 bis 1 Mio. Euro pro Jahr kosten würde. Auf Nachfrage erklärte zwar ein Mitarbeiter der Verwaltung, dass die Stadt bislang für die 900 freiwillig VSS geschützten Bäume ca. 6500 Euro pro Jahr ausbebe. Doch seltsamerweise forderte daraufhin niemand Kinder auf, seine Kenntnisse der Grundrechenarten vielleicht im Integrationskurs der VHS aufzufrischen.

## **CDU plädiert für antiautoritäre Erziehung statt Baumschutz**

Die dieses Mal besser präparierten Vertreter\*innen einer strengeren Baumschutzsatzung machten nun darauf aufmerksam, dass die vorgelegte BSS u.a. bezüglich des Geltungsbereichs (nur bereits bebaute Stadtflächen) und der Schutzkriterien (Baumumfang und Baumart), so lasch sei, dass fast keine Bäume geschützt würden. Doch das fand wenig Beachtung. Stattdessen bekannte nun CDU-Mann Gevers, dass er prinzipiell gegen Verbote und Strafen sei. Das führe zu nichts, das habe ihm seine langjährige Praxis als Lehrer gezeigt. Es kann ja sein, dass der antiautoritäre Lehrer Gevers an der Schulordnung vorbei Generationen junger Anarchisten ins Leben entlassen hat. Aber will er, der als Ausschussvorsitzender stets auf der Geschäftsordnung herumreitet, nun etwa auch die Straßenverkehrsordnung, das Bürgerliche Gesetzbuch und das Strafgesetzbuch aufheben, weil sie eh nichts bringen. Ganz zu schweigen von den mit Höllenstrafen bedrohten 10 Geboten seines christlichen Gottes? All das wurde in dieser Sitzung nicht geklärt; stattdessen wurde von der Verwaltung gnädig erlaubt, dass die Stadtratsmitglieder der Verwaltung noch weitere Vorschläge und Einwände zur vorgelegten BSS einreichen könnten. Wir dürfen gespannt sein, ob der neugewählte Stadtrat endlich eine echte BSS zustande bringen wird.

## **Defend Kurdistan Bericht einer Friedensdelegation**

„Erdogans neue Türkei“ war das Motto einer Informationsveranstaltung im Französischen Garten auf der Bühne am Schlösschen, zu der im Juli rund 40 Menschen zusammenkamen. Teil der Veranstaltung war ein Reisebericht der Friedensdelegation nach Südkurdistan (Nordirak) im Juni 2021, an der fünf Celler:innen teilnahmen.

Seit April herrscht in den Bergen Südkurdistans („Autonome Region Kurdistan“ im Irak) ein Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung, aber auch gegen die Zivilbevölkerung der Region. Bei diesem Krieg würden immer wieder Menschen- und Völkerrecht gebrochen: denn das türkische Militär greife mit Giftgas und islamistischen Söldnergruppen an. Auch schrecke das Regime unter der AKP und Erdogan nicht davor zurück zivile Fahrzeuge oder Flüchtlingscamps zu bombardieren.

Seit vielen Jahren baue das türkische Regime seinen Machtbereich in vielen Ländern aus – es besetzt völkerrechtswidrig Gebiete, vertreibe die Bevölkerung und richte seine eigenen Regierungen ein. Zu all den Geschehnissen schweigen europäische Staaten.



Die Friedensdelegation reiste nach Südkurdistan, um auf die Kriegssituation aufmerksam zu machen. Das mediale Interesse war groß (siehe Foto mit einer Delegationsteilnehmerin). Dabei waren über 70 Menschen aus 14 Ländern beteiligt.

Neben der militärischen Unterstützung für den türkischen Staat versuche Deutschland auch die Friedensdelegation zu kriminalisieren: Menschen seien an der Ausreise gehindert worden unter dem Vorwand, dass die Teilnahme bei der Friedensdelegation „ein nicht hinzunehmendes Risiko für die deutsch-türkischen Beziehungen“ sei. Auch bei der Rückreise seien Delegationsteilnehmer:innen ohne rechtliche Grundlage von der Bundespolizei festgehalten und durchsucht worden.

Die Teilnehmer:innen der Delegation aus Celle waren von der feministischen Organisation „Gemeinsam Kämpfen – Für Selbstbestimmung und Autonomie“, „Rheinmetall entwaffnen“ und dem êzîdîschen Volksrat.

# Kultur allerorts

## Vandals an der Hausfassade

Es lohnt sich, in den nächsten Wochen aufmerksam auf die Häuserfassaden am Kleinen Plan zu schauen. Die Hausnummer 5 ist zu einem Kunstwerk geworden. Am Baugerüst der Malerfirma Fingerhut hängen nun Banner des Kunstkollektivs Die VANDALS, entstanden im Rahmen einer Live-Kunst-Aktion der Ausstellung „Kultur allerorts“.

„Wir haben uns vorher einen groben Plan gemacht. Live haben wir dann aber noch vieles geändert“, erzählt Julian Fricke, neben Daniel Wunn einer der Celler im Kunstkollektiv. Das war zum Teil der Unterlage geschuldet. Die VANDALS haben zum ersten Mal mit durchsichtigen Plänen gearbeitet. „Die Plänen ließen sich nicht ganz glatt ziehen, das haben wir dann eben als spannenden Effekt in unser Bild eingebaut.“

Zeitweise waren vier Personen mit der Bildgestaltung und dem Spraysen beschäftigt, auch die Hamburger VANDALS Gio und Bruno genossen es, bei Sonnenschein im Grünen zu malen bzw. den Kreativprozess zu videografieren. Etlliche Cellerinnen und Celler nutzten die Gelegenheit, dem Live-Event vor der Schlösschen-Bühne zuzuschauen.

Was dabei herausgekommen ist, ist zumindest für Celle ungewöhnlich. Und es hängt an einem ungewöhnlichen Ort, einem Baugerüst. „Die Durchsichtigkeit der Plänen hat zu ganz neuen Effekten geführt. Wir haben vorher abgeklebt, wo keine Farbe hin sollte. Das Graffiti erscheint jetzt transparent und mit einer großen Leichtigkeit“, zeigt sich Daniel Wunn mit dem Arbeitsergebnis zufrieden.

Transparenz der Plänen im Gegensatz zu klaren Formen und Linien – das macht den Reiz des Bildes aus. Und wer genau hinschaut sieht, dass Die VANDALS die schwarzen Linien so geschickt gesetzt haben, dass auch der Hausgiebel Teil des Bildes zu sein scheint.

Nun ist die Outsider Ausstellung um ein weiteres Element reicher geworden, finden Martin Menzel und Birgit Nieskens vom Team Kultur allerorts. Kunst und Musik auf Traversen und Bauzäunen, Videoinstallationen, Holzkunst im Alten Posthof und nun auch Graffiti am Baugerüst – das alles ist Kultur allerorts im Celler Kultursommer.

Infos zu den VANDALS unter [www.dievandals.com](http://www.dievandals.com).

Infos und Flyer zur Ausstellung Kultur allerorts unter <https://kulturgeschichte.de/aktionen/>.



## „21 ist nur die halbe Wahrheit“ revista-Minigolf-Turnier

Glänzend poliert lockt der Cup, von euch erobert zu werden. Am Freitag, den 10. September, startet um Punkt 15 Uhr das „revista Mini-Golf-Turnier“ - gespielt wird wie immer auf der Anlage des 1. BGC Celle am Hallenbad.

Das Startgeld beträgt 10 Euro, davon bezahlt der Veranstalter (also wir) das Eintrittsgeld – den Überschuss steckt der Veranstalter (also wir) in die eigene Tasche (selbstverständlich zur Finanzierung der Druckkosten).

Wer stellt sich dieser sportlichen Herausforderung? Wer verschafft sich Eingang in die Bestenlisten der Ewigkeit?

Nachdem bisher bei den Gewinner\*innen ganz heteronormativ auf eine Frau immer ein Mann folgte und darauf eine Frau, ist, nachdem Deti beim letzten Mal den Cup holte, jetzt eigentlich wieder eine Frau dran. Wir werden sehen.

Mit 42 Schlägen wird der Cup nicht zu holen sein. Aber warum „21“ nur die halbe Wahrheit ist, wisst ihr ja.



Foto: B. Nieskens



## Im Wald und auf der Heide # 34

### Ökosystem Eiche

In der Wittinger Straße wurde für ein neues Bauprojekt der städtischen „Allerland-Immobilien“ (vormals WBG) radikal Platz geschaffen (in der „Schonzeit“ bis Oktober darf nix weggesägt werden) und dazu lapidar festgestellt, die Bäume (25-30) hätten wegen angeblicher Trockenschäden sowieso gefällt werden müssen (der Voreigentümer hätte sie nicht ausreichend gepflegt, was natürlich als Ursache für die Entstehung von Trockenschäden Blödsinn ist), und überhaupt, es würden ja Ausgleichspflanzungen vorgenommen u.s.w.

Es drängt sich somit der Verdacht auf, dass hier Tatsachen geschaffen werden sollten, bevor eine neue, strengere Baumschutzsatzung den Rat passiert.

Rechts mal eine kurze Übersicht, was alles verschwindet, wird z.B. eine so mächtige Eiche, wie hier geschehen, umgesägt. Die lässt sich nicht mal eben so ersetzen.

Deshalb gilt auch hier, dem Schutz innerstädtischer Ökosysteme besondere Bedeutung zukommen zu lassen – eine Verantwortung, die die Verwaltung bzw. die Geschäftsführung der Allerland-Immobilien ernst nehmen sollten. Jeder Baum zählt!

Denn: „Bäume filtern Staub und Abgase aus der Luft, sorgen für Lärm- und Sichtschutz, aber auch für Verdunstungskühle und Beschattung bei Sommerhitze. Gleichzeitig sind sie Lebensraum für Singvögel, Insekten und Kleinsäuger, die in der Stadt sonst nicht existieren könnten. Sie erleichtern das Leben in der Stadt aber auch für den Menschen, da sie Rückzugsorte schaffen und den eingeschränkten Wohnraum erweitern.“ (Hansruedi Wildermuth, Natur als Aufgabe, Basel 1980) Aber das weiß doch eigentlich jedes Kind.



### Vogelschiss?

Im Grußwort zum 25-jährigen Jubiläum des Jugend- und Kulturzentrums CD Kaserne warf Oberbürgermeister Dr. Nigge in seinem Grußwort auch einen Blick auf die militärische Vorgeschichte des Geländes. Merkwürdigerweise schlich sich eine Lücke ein: Die Jahre der Nutzung durch die Reichswehr und die Wehrmacht, unter der das Gelände enorm ausgeweitet wurde fehlten. Dagegen fällt fast gar nicht auf, dass bei der Aufzählung der Mieter\*innen ausgerechnet das Bunte Haus fehlt.

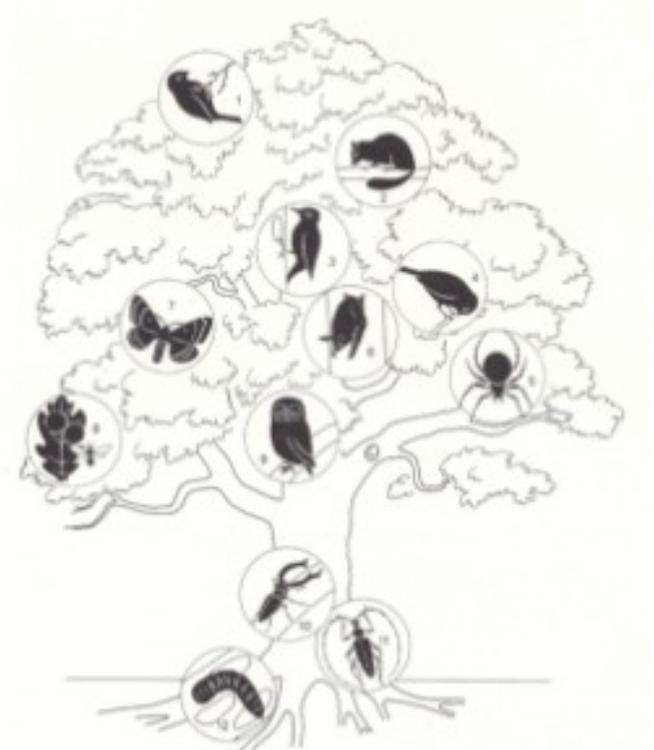


Abb. 28 Eine Eiche als Lebensraum für verschiedene Tiere: 1 Bienenstock (Apis mellifera), 2 Stachelhäuter (Uta stansburiana), 3 Hummel (Bombus terrestris), 4 Schmetterling (Pieris rapae), 5 Käfer (Coccinella septempunctata), 6 Langspindelwanne (Phytodietus concolor), 7 Eichenrüsselkäfer (Coccinella septempunctata), 8 Eichenrüsselkäfer (Coccinella septempunctata), 9 Vireonidae (Vireo alpestris), 10 Meise (Parus major), 11 Meise (Parus major), 12 Larve des Felsenbockens.

### Blick nach Links # 20

#### Bei Mutti schmeckt's am Besten

Am 72. Tag nach dem Schlupf kommen die drei Jungstörche (ursprünglich waren es 4) aus dem Schwarmstetter Nest noch immer gerne zum Fressen nach Hause. Sie haben das Fliegen gelernt und unternehmen immer längere Erkundungsflüge, trainieren ihre Muskulatur für den demnächst anstehenden Flug in den Tschad oder nach Mali, werden aber von den Eltern noch ordentlich mit Mäusen, Insekten und Fröschen vollgestopft.

Mal sehn, ob sie alle wohlbehalten im nächsten Jahr den Weg ins Aller-Leine-Tal zurück finden.

<http://taxi-schwarmstedt.de/LiveCam/>



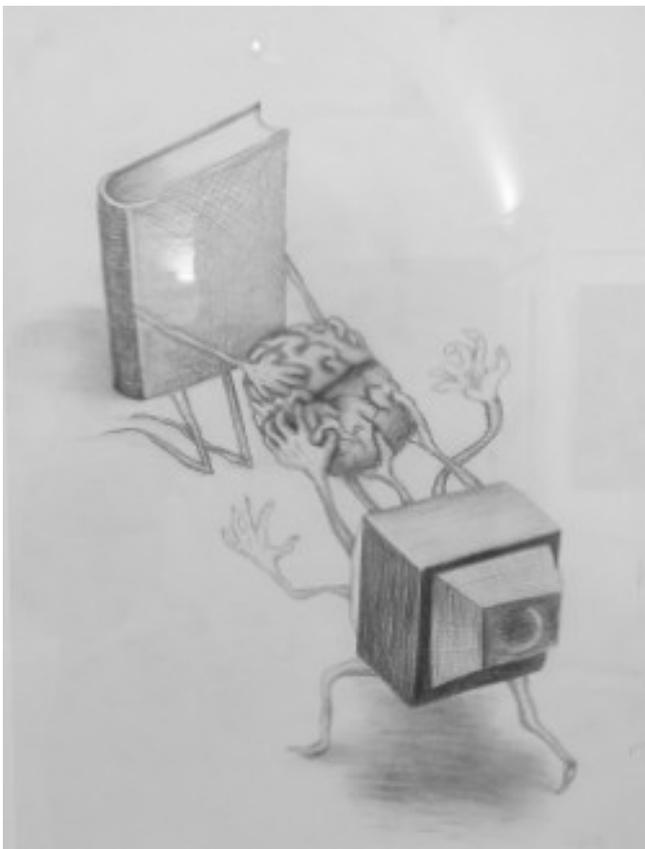
Foto: Screenshot





Raum, und dann vielleicht mal nachkucken, was unter der Plane liegt.

Serpil Neuhaus zeichnet mit feinem Strich Gehirne, die in verschiedenen schwierige Situationen kommen: So zerrt auf einer Zeichnung ein Buch an der einen, ein



Fernseher an der anderen Seite des Gehirns, so dass es zu zerreißen droht.

Dominiert wird die Gotische Halle von Norbert Diekmerts 12 Skulpturen, die den „Kreis der Geneigten“ bilden. Aus 11 verschiedene Steinmaterialien wie z.B. Granit, Marmor, Travertin, Kalk u.a., und einer aus Bronze gearbeitet, sind dem freien Assoziieren keine Grenzen gesetzt. Von diesem Kreis geht eine unglaubliche, fast meditative Ruhe aus.

Weitere Künstler:innen, die sich dem Thema „NUN“ abstrakt genähert haben, sind Heidrun Pfalzgraf, Hans-Udo Strohmeyer und Tokpèou Gbaguidi.

Eine wirklich grandiose Ausstellung, absolut sehenswert!

**Gotischen Halle - Di-So 13-17 Uhr (bis 26.09.2021)**

## CAMP SURVIVAL

Am Freitag, den 10. September um 19 Uhr, öffnet die Ausstellung zum Projekt CAMP SURVIVAL. Im Buntes Haus campen wir eine Wochen lang – sichern unser Überleben und machen Kunst. Wir verstehen das Camp als Möglichkeit, das Thema Überleben gemeinsam und als Einzelne(r) im kreativ künstlerischen Prozess sowie in unserem alltäglichen Zusammenleben zu verarbeiten. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zeigen wir im Rahmen einer Wochenendausstellung. Am 12. September um 15 Uhr schließt die Ausstellung mit einer Finissage.

CAMP SURVIVAL ist ein Zusammenschluss von Künstlerinnen und Künstlern aus Hamburg, Berlin, Leipzig, Bremen, Neuenhaus und Celle.

## "Wir sind das Klima!"

„Die Menschheit steckt in einer kritischen Phase! Wir machen uns nicht bewusst, dass die Veränderungen, die wir heute auf der Welt beobachten, viel schneller und dramatischer ablaufen als jemals zuvor. Wir sind verantwortlich, dass Tiere und Pflanzen schneller denn je aussterben ... Uns bleibt nicht viel Zeit, 20 Jahre vielleicht, um alles in die richtige Richtung zu lenken,“ sagt Prof. Tony Barnosky aus Californien mit Blick auf die globale Klimaerwärmung und Umweltzerstörung. Seine dramatische Prognose wird von der Mehrzahl der Wissenschaftler\*innen geteilt.

In einer Veranstaltungsreihe in der Familienbildungsstätte, Fritzenwiese 9, werden Fachleute und im Klimaschutz Engagierte auf die Ursachen und Folgen des globalen Klimawandels eingehen, und zeigen, wie auch Celle davon betroffen ist. Zudem werden praktische Möglichkeiten vorgestellt, den eigenen Alltag klimafreundlicher zu gestalten.

**Mi. 01.09.2021, 19.00 Uhr**

### **Klimapolitische Aussagen der Kommunalpolitik**

Die Klimaplattform hat die Kommunalpolitiker\*innen befragt, wie sie sich eine konkrete Klimapolitik in Celle vorstellen und wofür sie eintreten, wenn sie gewählt werden. Wir präsentieren die Aussagen.

Frank Pätzold - Dipl.-Theologe, systemischer Berater

**Mi. 08.09.2021, 19.00 Uhr**

### **Klimawandel und Ernährung**

Zusammen mit anderen Faktoren beeinflusst der voranschreitende Klimawandel die Ernährung der Menschen auf der Erde. Andererseits hat die Art und Weise, wie wir uns ernähren auch einen großen Einfluss auf das Voranschreiten des Klimawandels. Die Fakten und eine Vielzahl von Daten dazu liegen glasklar auf dem Tisch. Im Gegensatz zu Bereichen wie Wohnen oder Mobilität hat jede:r Einzelne bei der Ernährung große Einflussmöglichkeiten auf eine klimafreundlichere und klimagerechtere Zukunft.

Wolfram Steinmetz mit KAV-Schüler\*innen

**Mi. 15.09.2021, 19.00 Uhr**

### **Plastikfreier leben: Refill Celle, Kunststoff-Alternativen u.d. Karte von morgen**

In jeder der über 5200 Refill Stationen Deutschlands gibt es kostenlos Trinkwasser in ein mitgebrachtes Gefäß. Die Idee kommt aus der Müllvermeidungs-Szene (Zero Waste). Refill Celle Initiator Michael Weinrich stellt das Refill Konzept vor und zeigt an praktischen Beispielen, wie wir Plastik im Alltag vermeiden können, ohne dass es uns fehlt oder wir auf etwas verzichten müssen. Eine Vorstellung der "Karte von morgen" (Alles Gute auf einer Karte) rundet den Abend ab.

Michael Weinrich, Verwaltungswirt

**Mi. 22.09.2021, 19.00 Uhr**

### **Foodsaving: Lebensmittelrettung und gelebte Solidarität**

Jeden Tag landen unvorstellbare Mengen von Lebensmitteln, die noch genießbar sind, im Müll. Für die Geschäfte und Bäckereien ist dieses Verfahren oft günstiger, als alternative Abnehmende zu finden. Die Anfang 2020 gegründete Initiative Foodsaving zeigt einen anderen Weg auf und ist damit bei minimalem Aufwand sehr erfolgreich. Foodsaving hat damit auch in der Zeit des Lockdowns, als die Celler Tafel ihren Betrieb einstellte, sowohl Lebensmittel gerettet als auch Bedürftigen geholfen. An diesem Abend wird über die Arbeit von Foodsaving informiert. Gemeinsam erarbeiten wir, wie jede\*r von uns helfen kann, dem "Wegwerf-Wahn" ein Ende zu bereiten.

Referent(innen): Frauke, Julia, Miriam, Michael

**Mi. 29.09.2021, 19.00 Uhr**

### **"The Point Of No Return" - Kippelemente der globalen Erwärmung**

Klimaschützer\*innen und Wissenschaftler\*innen fordern dringend, die Erderwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Welche „Kippelemente“ für die Erwärmung entscheidend sind, darum geht es in diesem Vortrag mit anschließender Diskussion.

Wolfram Steinmetz, Lehrer für Geografie

**Mi. 06.10.2021, 19.00 Uhr**

### **Biomasse - Ein Sargnagel für den Weg zu CO<sup>2</sup> Null**

Was ist Biomasse? Wie viel Biomasse steht weltweit und in Deutschland zur Verfügung? Wie weit ist der Einsatz von Biomasse klimaneutral und nachhaltig? Wie energieeffizient ist der Einsatz von Biomasse? Gibt es klimaneutrale Bio-Treibstoffe? Warum ist Biogas ökologisch, energetisch und wirtschaftlich problematisch? Warum müssen wir uns bei der Nutzung der Biomasse einschränken?

Dr. Michael Huber - Physikochemiker, Hochschuldozent f. Technologie u. Werkstoffe

**Mi. 03.11.2021, 19.00 Uhr**

### **Mobilität der Zukunft**

Der ökologische Fußabdruck unserer Verkehrssysteme ist mit nachhaltiger Entwicklung nicht vereinbar. Für die Zukunft sind daher neue Modelle für Mobilität erforderlich. Wie können eine klimafreundliche Mobilität und Verkehrspolitik realisiert werden?

Annegret Pfützner

## **Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Neue Anfänge nach 1945“**

### **Der Neubeginn jüdischen Lebens in Deutschland nach Kriegsende**

Der Neubeginn jüdischen Lebens in Deutschland war eine unmittelbare Folge der Befreiung. Die Juden, die den Holocaust in den Konzentrationslagern, im Versteck oder als Flüchtlinge in der Sowjetunion überlebt hatten, lebten nun als „Displaced Persons“ in Sammellagern auf deutschem Boden. Die meisten von ihnen stammten aus Osteuropa und sahen für sich nur außerhalb Europas, insbesondere in einem jüdischen Staat in Palästina, eine Zukunft. Die Mehrzahl der zurückgekehrten deutschen Juden dagegen wollte in Deutschland bleiben. Ihr Verhältnis zu den jüdischen DP war daher auch von Spannungen geprägt. Thomas Rahe skizziert in seinem Vortrag die charakteristischen Merkmale des Neubeginns jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland in den ersten Jahren nach Kriegsende. Im Mittelpunkt steht dabei das DP-Camp Bergen-Belsen, das seit 1946 das größte jüdische DP-Camp in Europa war.

Referent: Dr. Thomas Rahe ist Historiker und katholischer Theologe, seit 1987 ist er wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Synagoge, Im Kreise 24 // Mittwoch, 8. September, 19.00

### **Antijudaismus und Antisemitismus in Philosophie und Theologie seit der Aufklärung**

Bis zur Aufklärung wird das Judentum von christlicher Seite aus dem religiösen Grund abgelehnt, weil es Jesus nicht als Messias (Christus) anerkennt. Mit der Aufklärung und dem Aufkommen der historisch-kritischen Bibelwissenschaft verschiebt sich dies. Die jüdische Religion wird nun als minderwertig und „bloß particular“ angesehen, jüdische Bibelauslegung gilt als unwissenschaftlich. Seit dieser Zeit wird die historisch-kritische Lektüre der Bibel von Antijudaismus und Antisemitismus begleitet. Es gibt auch Gegenstimmen, aber diese sind bis in die Zeit nach der Shoah selten.

Referent: Prof. Dr. Rainer Kessler, bis zum Ruhestand 2010 Professor für Altes Testament in Marburg.

Synagoge, Im Kreise 24 // Dienstag, 28. September, 19.00

### **Neue Anfänge nach 1945**

Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen ... Die Ausstellung basiert auf der Forschungsarbeit von Dr. Stephan Linck, seit 2015 Studienleiter der Evangelischen Akademie, und ist ein Projekt der Evangelischen Akademie in Zusammenarbeit mit dem Amt für Öffentlichkeitsdienst der Nordkirche. Konzipiert. Realisiert wurde sie von Prof. Dr. Stefanie Endlich, Monica Geyler-von Bernus und Beate Rossié.

Die Ausstellung ist noch zu sehen bis zum Sonntag, 26.09.2021 in der Synagoge



© Madelaine Linden

### **Jedes Dasein**

#### **Ausstellung mit Werken von Madelaine Linden**

Die Urenkelin der 1855 in Celle in der jüdischen Bankiersfamilie Daniel geborenen Anna Hess stellt ihre virtuellen Collagen in der Celler Synagoge aus. Unter dem Motto „Jedes Dasein“, ein Wortspiel des grausamen Torspruchs aus Buchenwald „Jedem das Seine“, hat sie über Jahre hinweg einen Katalog entwickelt, aus dem sie zehn Bilder in größtem Format und mehrere in kleinem Format präsentiert. Jedes Bild erzählt eine Geschichte für sich, und gemeinsam sind sie ein Spiegel der Geschichte, die ohne das Dritte Reich nie so verlaufen wäre. Madelaine Linden gehört zur Avantgarde einer noch recht neuen Kunstrichtung: die der virtuellen Collage. Mehr unter <https://www.madelaine-linden.com/>

Zur Eröffnung der Ausstellung findet ein Gespräch zwischen Niklas Frank und Madelaine Linden, Nachkommen der Täter- und Opfergeneration, statt. Dr. Elke Gryglewski, Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, wird die Moderation übernehmen.

**Synagoge, Im Kreise 24**

**Eröffnung und Gespräch am 14. Oktober 2021, 19.00**

**Laufzeit der Ausstellung: bis 16. Januar 2021**

## Schließlich lebte man in einer Provinzstadt noch lange nicht auf dem Mond.

Marlis Straub (1920 - 1986)

Oskar Ansell erinnert an die Celler Schriftstellerin zum 100. Geburtstag

Eine vergessene Autorin steht im Mittelpunkt dieser Erinnerung und ihre gleichzeitige, späte Ehrung. Die in Celle geborene und aufgewachsene Marlis Straub, die im Roman "Insel der Kindheit" die Atmosphäre vor 1933 in der Allerstadt aufleben lässt, war das, was man eine erfolgreiche Autorin nennen kann. Sie schreibt schon als Jugendliche kleine Geschichten, die in der Cellesche Zeitung zwischen 1936 und 1939 veröffentlicht werden.

Ihre ersten Bücher: "Wer nie in fremden Betten lag" und "Himmelbetten sehr gefragt", markieren eine Erfolgsgeschichte. Die Kritik ist begeistert: „Das ist 'Wir Wunderkinder' ohne Politik!“, schreibt die Frankfurter Rundschau und eine andere Stimme: „Wer schmunzeln und immer wieder herzlich lachen will, der greife zu diesem Buch. [...] Solch Begabungen, deren Arbeiten nicht nur unterhaltsam sind, sondern auch Gemüt, Humor, Lebensglauben durchleuchten lassen, sind selten!“

Mit nur die fünf Büchern hat sie sich einen Namen gemacht und gelangt nach einer Pause von fast zwanzig Jahren mit zwei späten Romanen „Insel der Kindheit“ und „Mainpromenade“ zu einer Literatur, die über fröhliche Unterhaltung deutlich hinausgeht und der Autorin auch literarische Anerkennung verschafft. Mit nur 66 Jahren, am 17. Juni 1986, stirbt sie in Frankfurt am Main und wird auf dem Celler Stadtfriedhof im Familiengrab mit einem schönen Jugendstilstein beigesetzt. Das Grab existiert nicht mehr.

Donnerstag, 23. September, 19.30 Uhr

Stadtbibliothek, Arno-Schmidt-Platz

Veranstaltung der Bibliotheksgesellschaft

## Ankündigung

### Oskar Ansell – Gedichte

In die laufende Trommel / Entsicherte Zeit / Disparates. ca. 180 Seiten, Hardcover, ISBN 978-3-86525-861-8, 18,00 € - erscheint im Oktober

Oskar Ansell versammelt in diesem Band drei seiner Lyrikpublikationen: "in die laufende trommel" und legt zugleich auch die vergriffenen, inhaltlich dazugehörenden Gedichtbände "Disparates" (1984) und "Entsicherte Zeit" (1988) vor.

Gedichte, »die sich nicht die leichthin einer Richtung anpassen, die nach Übereinstimmung zwischen Form und Inhalt fragen, Widersprüche aufdecken und sprachlich zuspitzen, kompromisslos die Aufklärung in Form des Gedichts fortschreiben.« (Heinz Kattner)



## #HandinHand

### Rettungskette für Menschenrechte

Unter der Motto „Hand in Hand“ werben Cornelia Döllermann-Nölting, Sprecherin von LIST, und Sabine Seifert aktuell bei Celler Gruppen, Initiativen und Kirchengemeinden dafür, am Samstag, den 18. September, eine möglichst eindrucksvolle Menschenkette in Celle hinzubekommen. Die bundesweite Aktion „Rettungskette für Menschenrechte von Hamburg bis zum Mittelmeer“ soll auf die prekäre Lage der Geflüchteten und das Sterben im Mittelmeer hinweisen.

Die Organisatorinnen haben sich dafür entschieden, die Ostseite der Hannoverschen Straße ab der Congress-Union (auf dem Gehweg) für die Menschenkette anzumelden. Döllermann-Nölting: „Wir wollen Cellerinnen und Celler animieren, mit uns ein Zeichen zu setzen. Wir stehen gegen die Angst- und Abschottungspolitik. Menschenrechte – das wollen wir klarmachen – gelten universell und nicht nur für weiße, privilegierte Europäer.“

Die Menschenkette soll von 12.00 bis 12.30 stehen (und wir fotografiert bzw. gefilmt); ab 11 Uhr gibt es einen Infopunkt an der Union.

Wer noch Plakate oder Flyer verteilen will: rettungskette-celle@gmx.de oder 05141-31566

# Nachruf Volker Petran – gest. am 31.7.2021

Die Eröffnungen waren unkonventionell. Volker war ein begabter und begeisterter Schachspieler. Er mochte es, im Wohnmobil vor der Nachtruhe noch ein paar Spielchen zu machen. Das meist total unaufgeräumte Wohnmobil war in den beiden letzten Lebensjahrzehnten sein Lebensmittelpunkt. Transportmittel, Büro, Poststelle, Schlafstätte. Wegen seinen Bewegungsdefiziten nutzte er Wohnmobil und Fahrrad. Und er war viel unterwegs. Vom heimischen Wohlenrode ging es oft zu (hauptsächlich politischen) Terminen nach Celle und Hannover, aber auch nach Malmö und Istanbul. Da er als Student sein Studium mit Fahrertätigkeiten finanzierte, liebte er lange Strecken und er fuhr sehr ausdauernd. Dadurch lernte er Länder in Nord- und Westafrika kennen.



Nach dem Pädagogikstudium in Göttingen arbeitete er bis zur Pensionierung als Grundschullehrer. Er mochte den Umgang mit den Schulanfänger\*innen und war auch bei den Eltern und Kolleg\*innen beliebt, auch als Aktivist der GEW. Es gab kaum einen Redebeitrag, wo die Bemerkung „... ich als Lehrer ...“ nicht mit einfluss.

Während des Studiums engagierte er sich im SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), der wegen seiner STAMOKAP-Ausrichtung bald keine Bindung mehr an die Mutterpartei hatte. Im Bündnis mit dem MSB Spartakus stellten sie lange den ASTA der Pädagogischen Hochschule Göttingen.

Im Gegensatz zu vielen SHB-Genoss\*innen organisierte sich Volker nach dem Studium nicht in der DKP - er wurde SPD-Mitglied. Der Einfluss des linken Sozialdemokraten Peter von Oertzen war dafür ausschlaggebend. Er blieb in der SPD als Karteileiche bis zum Amtsantritt von Schröder, dessen Agenda-Politik er vehement ablehnte. Die Initiative von ehemaligen Sozialdemokrat\*innen zur Bildung einer Wahlalternative wurde von Volker von Anfang an unterstützt. In Celle baute er den Kreisverband der WASG auf.

Nach dem Zusammenschluss der WASG mit der PDS zur Partei DIE LINKE engagierte sich Volker auf verschiede-

nen Ebenen für die neue Partei.

Im Kreisverband Celle war er von Anfang an im Kreisvorstand aktiv. Bundesweit war er der Sprecher der niedersächsischen SOZIALISTISCHEN LINKEN (SL) in der bundesweiten SL-Koordination.

Die Parteiarbeit war aber nur ein Standbein. Für ihn war es wichtig, die Partei mit sozialen Bewegungen zu vernetzen. Ganz praktisch baute er die ATTAC-Regionalgruppe Celle mit auf und engagierte sich im internationalen Netzwerk der EUROPÄISCHEN MÄRSCHEN GEGEN ERWERBSLOSIGKEIT. Im Kontext der EUROMÄRSCHEN besuchte er 2008 das EUROPÄISCHE SOZIALFORUM in Malmö und 2010 das EUROPÄISCHE SOZIALFORUM in Istanbul.

Und natürlich die Sozialforen in der BRD 2005 in Erfurt und 2009 im Wendland. Im Wendland organisierte er den Workshop zum Celler Trialog.

Legendär die Geschichte, als er in Istanbul die Orientierung verlor. Er fragte vorbeikommende Polizisten, wo nun das Sozialforum stattfinden würde. Die Polizeieskorte brachte ihn dann direkt zum Tagungszentrum. Das war Volker. Er ging immer direkt auf Menschen zu und hatte sofort Kontakt.

Als Lehrer war ihm die politische Bildung ein Herzensanliegen. Als langjähriges Vorstandsmitglied der ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Niedersachsen koordinierte er die Bildungsarbeit zwischen Harz und Küste. In Celle war er Gründungsmitglied des ROSA-LUXEMBURG-CLUBS Celle.

Bei zahlreichen Veranstaltungen des Clubs war er anwesend und brachte sich durch Redebeiträge ein. Am 1. Mai war er lange sehr verbindlich mit einem Infostand der ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG bei den Kundgebungen des DGB Celle vertreten. Artikel von ihm erschienen auch in der SoZ (Sozialistische Zeitung).

Volker war immer ansprechbar und er sagte mal, dass er „bei allen Gruppen mitmachen würde, wo die rote Fahne flattert“. Die Kommunikation mit ihm wurde in den letzten Jahren schwieriger - durch seine Schwerhörigkeit und seine Weigerung, die neuen Medien zu nutzen. Texte schrieb er ausschließlich mit der Hand. Das Gespräch war ihm wichtig, bei der Stiftung, in der Partei und auch beim Preisskat. Und auch beim traditionellen Stintessen in Wienhausen.

Über gesehene Fußballspiele konnte er sich lange ausbreiten. Gegen Gerhard Schröder hatte er in seiner Studienzeit auch mal gespielt. Er meinte, Schröder wäre kein guter Player gewesen.

Volker hätte sich auch jetzt wieder in die Wahlkämpfe eingebracht. Mit seinem geliebten Wohnmobil. Mit seinen Möglichkeiten. Und mit aller Bescheidenheit. Bis zuletzt setzte er sich ein für eine bessere Welt, von der er so viel gesehen hatte.

Gern hätte ich mit ihm noch mal eine Partie Schach gespielt, die er garantiert gewonnen hätte.

Paul Stern